

Horstmann. Wenn Sie etwas anderes behaupten, sagen Sie die Unwahrheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Es gibt in einem einzigen Bereich in diesem Jahr eine Kürzung, die wir aber nicht zu verantworten haben, sondern die mit der Beschlusslage der alten Landtagsmehrheit zu tun hat, als Sie als Verkehrsminister die Vorschläge von Herrn Koch und Herrn Steinbrück umgesetzt haben. Das sind Kürzungen, die in diesem Jahr real im Haushalt nachzuweisen sind.

Bitte, hören Sie damit auf, dem Parlament und der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen. Hören Sie damit auf, hier zu fabulieren und Nebelkerzen zu werfen. Das nimmt Ihnen keiner mehr ab, Herr Horstmann. Sie tragen die Verantwortung für die Preiserhöhung in diesem Jahr.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Redezeiten sind auch nicht mehr verfügbar.

Wir können dann zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 14** kommen, da wir, nachdem alle Teilbereiche behandelt worden sind, am Schluss der Beratungen sind.

Ich lasse zunächst abstimmen über die Nr. 93, den **SPD-Antrag Drucksache 14/1729**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Ich rufe als Nächstes die Nr. 95, **Antrag Drucksache 14/1816**, auf. Antragsteller ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD **abgelehnt**.

Ich rufe unter der Nummer 96, den **Antrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1817** zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bünd-

nis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Ich rufe aus der Übersicht die Nr. 101, den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1825**, zur Abstimmung auf. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Nr. 102 und damit zum **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1826**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 103, dem **Antrag** von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1828**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den letzten Änderungsantrag zum Einzelplan 14, der Nr. 105 in der Übersicht. Es ist der **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1831**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 14 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1714. Wer dem Einzelplan 14 entsprechend der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der **Einzelplan 14** bei Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe den **Einzelplan 08** auf:

Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

mit den Teilbereichen „Wirtschaft und Mittelstand“, „Energie“ und „Landesplanung“.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1708 und den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter der Nr. 106 Drucksache 14/1792.

Ich eröffne die Beratung und rufe auf den **Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“**.

Als erste Wortmeldung habe ich für die Fraktion der SPD die Wortmeldung des Kollegen Römer, bitte.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung ist von demselben Dilemma gekennzeichnet wie andere Politikbereiche, über die wir bereits geredet haben: große Sprüche, kleine Taten, viel Luft und wenig Substanz. Frau Ministerin, persönlich schätze ich Sie durchaus. Zu Ihrer politischen Arbeit muss ich Ihnen jedoch sagen: Sie ist im Ergebnis eine Nullnummer.

(Beifall von der SPD)

Wo immer Sie, Frau Thoben, mit geradezu ideologischer Verbissenheit Ihre Ziele verfolgen, wie bei der Suche nach immer neuen Aufgaben für die Kammern und bei der Suche nach immer neuen Steinen, die Sie der RAG Aktiengesellschaft beim Börsengang in den Weg legen wollen, da schaden Sie der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land, da schaden Sie den Unternehmen und den Arbeitsplätzen, da schaden Sie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Sie haben, Frau Thoben, ohne Zweifel – das erfahren Sie ja inzwischen auch aus Ihren eigenen Reihen – ein glückloses Jahr hinter sich. Zuerst hatten Sie viel Mühe – das scheint ab und zu immer noch durch –, von Opposition auf Regierung umzuschalten. Sie haben das Land, seine wirtschaftliche Leistungskraft wie im Wahlkampf heruntergeredet. Sie haben den Eindruck erweckt, als hätten wir es in Nordrhein-Westfalen mit einer überbordenden Bürokratie zu tun, die unsere Unternehmen stranguliert, als sei hier alles schlecht und in anderen Bundesländern alles besser. Damit erweisen Sie unserer Wirtschaft, vor allem unserem Mittelstand einen Bärendienst; denn Sie machen den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schlecht.

Reden Sie einmal mit den Unternehmen, die sich im Genehmigungsverfahren befinden, beispielsweise die Steag AG! Die singen ein Loblied auf die Bündelungsfunktion und die professionelle Vorgehensweise der zuständigen Bezirksregierung in Düsseldorf in solchen Genehmigungsver-

fahren. Die wollen nicht mit anderen Zuständen in anderen Ländern tauschen. Aber das passt ja, Frau Ministerin, nicht in Ihr Weltbild. Deshalb blenden Sie das aus.

Wo gibt es, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, eine in Europa wahrnehmbare Standortpolitik für Nordrhein-Westfalen? Wo sind die großspurig angekündigten Initiativen, die neuen Ideen dieser Landesregierung? Im Wirtschaftsausschuss haben Sie, Frau Ministerin, im August vorigen Jahres in Ihrer sogenannten kleinen Regierungserklärung noch mit flotten Sprüchen angekündigt, mit – ich zitiere – „Ideen zu winken“. Dann winken Sie doch mal. Wo ist denn ein Wink im Haushaltsplan mit neuen Ideen? Fehlanzeige auf der ganzen Linie, Frau Thoben! Wahrlich kein glückliches Jahr!

(Beifall von der SPD)

Ich will an Ihren Start erinnern. Damals verkündeten Sie zum Erstaunen vieler, auch in den Regierungsfractionen, dass die erfolgreiche Wirtschaftsförderung zukünftig bei den Kammern angesiedelt werden soll. Dann gibt es einen Aufschrei in den Regionen und in den Kommunen, und plötzlich ist alles nur ein großes Missverständnis. Und am Ende wird das fortgesetzt, was Ihr Vorgänger längst in Angriff genommen hatte: eine vernetzte, ortsnahe Beratung mit wenigen, mit kompetenten Ansprechpartnern. Willkommen in der Wirklichkeit, Frau Ministerin!

Es ist doch unbestritten: Die Schnittstellen zwischen den Beratungsinstanzen können, müssen selbstverständlich verbessert werden, und zwar laufend, denn das ist ja ein Prozess, in dem immer wieder dazugelernt wird, in dem auf neue Entwicklungen reagiert wird. Aber deshalb das ganze System abzuschaffen und durch ein neues zu ersetzen, nur um Ihre kaum noch zu überbietende Liebe zu den Kammern zu befriedigen, Frau Ministerin, das ist wirklich großer Quatsch. Das haben Sie inzwischen ja auch einsehen müssen.

Wichtig wäre allerdings, die Wirtschaftsförderung des Landes zu einer Standortmarketingagentur fortzuentwickeln: mit neuen Ideen, mit neuen Themen, auch mit neuen Kampagnen. Das wäre ein Feld, um mit Bayern, mit Baden-Württemberg, mit Rheinland-Pfalz mitzuhalten und deren erfolgreichen Standortaktionen eine von und für Nordrhein-Westfalen entgegensetzen, anstatt immer nur zu jammern und unser Land schlechtzureden. Das wäre, Frau Ministerin, handfeste Mittelstandsförderung. Aber was ist? Fehlanzeige auch hier, Frau Thoben! Schade! Chance vertan!

Dass Mittelstandspolitik bei Ihnen sogar noch schlechter gehen kann, haben Sie kürzlich selbst bewiesen; dafür haben Sie die Grundlagen gelegt. Zukünftig sollen die Handwerkskammern selbst darüber entscheiden, wer ohne Meisterbrief einen Betrieb führen darf und wer nicht, also nicht mehr die neutralen Bezirksregierungen, sondern die in dieser Frage parteiischen Kammern. Kammerliebe, Frau Ministerin! Bei aller Anerkennung der alles in allem guten Arbeit der Handwerkskammern: In diesem Fall sollten die Kammern auch im eigenen Interesse solche Aufgaben nicht wahrnehmen müssen; denn das nährt doch den Verdacht, dass solche Genehmigungen zukünftig ganz restriktiv erteilt werden. Was das mit der notwendigen Förderung von mehr Selbstständigkeit zu tun hat, das bleibt wirklich schleierhaft. Frau Ministerin, das Gegenteil wird der Fall sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich will ein weiteres Beispiel für die glücklose Hand von Frau Thoben nennen. Sie vergrätzt ja nicht nur die Partner in den Regionen. Nicht nur die kommunalen Wirtschaftsförderer wenden sich mit Grausen von der Landesregierung ab. Es geht noch schlimmer. Die Wirtschaftsministerin hat bei Vertretern des Eifeltourismus einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Bei ihrem Besuch des Eifelstandes anlässlich der Internationalen Tourismusborse in Berlin hat sie ihre Unterschrift unter das Konzept „Zukunftsinitiative Eifel“ verweigert. Das hat Überraschung, Betroffenheit, Unverständnis und Verärgerung ausgelöst – bei den betroffenen Gemeinden und Kreisen in der Eifel genauso wie bei den betroffenen Partnern in Ostbelgien. Frau Ministerin, das ist das Gegenteil von notwendiger Vertrauensarbeit. Das, was Sie getan haben, schadet den Städten und Gemeinden in der Eifel.

(Beifall von der SPD)

Ich komme zu einer weiteren sogenannten Kernbotschaft der Ministerin. Sie haben angekündigt, Frau Thoben, Sie würden den – ich zitiere – „Förderdschungel“ – schon wieder solch ein Wortungetüm aus Ihrer düsteren Beschreibung der Lage im Land – in Nordrhein-Westfalen lichten, Sie würden Doppelstrukturen ablösen, Sie würden dem – ich zitiere noch einmal – „Wirrwarr“ ein Ende bereiten. Was ist dann passiert? Jetzt ist die Abwicklung von Förderprogrammen bei der NRW-Bank platziert. Tolle Überraschung! Die vorherige Landesregierung hat dieses neue, wichtige Instrument NRW-Bank geboren und mit Leben gefüllt. Frau Thoben nutzt dieses Instrument und geht den vorbereiteten Weg weiter. Willkommen in der Wirklichkeit, Frau Ministerin!

Ich könnte die „Liste der glücklosen Hand“ fortführen. Sie ist eine einzige Offenbarung, große Sprüche, kleine Taten, viel Luft, wenig Substanz.

Von der politischen Gestaltung des Strukturwandels im Ruhrgebiet wollen Sie sich komplett verabschieden. „Kümmert euch selbst um die Lösung eurer Probleme“ heißt Ihre Botschaft an die Städte und Gemeinden, an die Menschen im Ruhrgebiet. Das ist unverantwortlich, das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Das werden wir überall deutlich herausstellen, damit die Menschen wissen, was von Ihren Sprüchen zu halten ist, das Ruhrgebiet stärken zu wollen.

Wir werden, Frau Ministerin, auch darauf drängen, dass die europäischen Strukturmittel für die nächste Förderperiode ausschließlich in die vom Strukturwandel betroffenen Regionen gehen. Dabei muss das Ruhrgebiet Empfängerregion Nummer eins bleiben. Deshalb ist es gut, dass die Bundesregierung in Brüssel erfolgreich verhandelt hat.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Es ist gut, dass Frau Merkel da zusammen mit Peer Steinbrück erfolgreich war. Für Nordrhein-Westfalen gibt es mehr Mittel als in der zu Ende gehenden Förderperiode. Finanzminister Peer Steinbrück hat auch durchgesetzt, dass private Mittel zur Kofinanzierung eingesetzt werden können.

Das und anderes, Frau Ministerin, ist ein Erfolg, den die Bundesregierung in Kontinuität der Politik der rot-grünen Landesregierung erreicht hat. Der darf jetzt nicht durch Sie verspielt werden. Wir werden jedenfalls darauf achten, dass das vor allem dem Ruhrgebiet zugute kommt.

(Beifall von der SPD)

Ich fasse zusammen, Frau Thoben: Da, wo Sie die erfolgreiche Politik der bisherigen Landesregierung fortsetzen, da haben Sie unsere Zustimmung, da gibt es auch keine Reibungsverluste. Da, wo Sie Ihre Kammerliebe befriedigen, da gibt es Kopfschütteln, Widerstände und Reibungsverluste – auch und besonders in Ihren eigenen Reihen. Da, wo neue Ideen, neue Konzepte, neue Initiativen erforderlich sind, da ist Fehlanzeige.

Frau Ministerin, Sie verlassen sich ganz offensichtlich auf den begonnenen wirtschaftlichen Aufschwung. Sie unterstützen weder die wichtigen Anstöße der Bundesregierung zur Förderung von wirtschaftlicher Belebung und Beschäftigung noch entwickeln Sie eigene Aktivitäten. Keine einzige Initiative für zukunftssträchtige Wettbewerbe in einem der Wachstumsbereiche unseres Landes!

So, Frau Thoben, werden Sie jedenfalls kein gutes Klima für Aufbruch und Investitionen in Nordrhein-Westfalen schaffen können, was wir aber dringend brauchen.

Wir warten weiter auf Ihre neuen Ideen. Auch aus dem vorgelegten Haushalt für Ihr Haus lässt sich keine neue Idee ablesen. Das ist zu wenig für das Industrieland Nordrhein-Westfalen, und das ist zu wenig für eine Wirtschaftspolitik, die diesen Namen verdienen würde.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Dr. Droste das Wort.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin heute eigentlich mit der Absicht hier hingekommen, eine sehr friedvolle Ansprache zu halten und habe mich auch so weit darauf vorbereitet,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Hier werden Reden gehalten, keine Ansprachen!)

aber, Herr Kollege Römer, gestatten Sie mir trotzdem – Frau Ministerin wird sicher gleich die Gelegenheit nehmen, da ist sie Frau genug, auf Ihre Worten zu entgegnen – eine Bemerkung voranzusetzen: Sie sprechen davon, dass die CDU nicht nur vor, sondern sogar auch nach der Regierungsübernahme das Land schlecht- oder herunterredet. Das würde diesem Land nicht besonders gut tun.

Ich will Ihnen eines sagen: Es ist Maxime dieser neuen Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen, Klarheit und Wahrheit in den Vordergrund zu stellen.

(Lachen von der SPD)

Das, was Sie hier mit Herunterreden darstellen, würde ich eher mit der Überschrift etikettieren: Sie von der SPD und von den Grünen haben sich in den letzten zehn Jahren etwas in die Tasche gelogen,

(Beifall von CDU und FDP)

wenn es um die Beschreibung von Nordrhein-Westfalen und diesen Wirtschaftsstandort ging. Schauen Sie es sich an: Nicht umsonst sind wir im Wirtschaftsindex auf Platz 14 heruntergerutscht. Aber all das wird mit Gesundbeten und „Es wird hoffentlich besser“ abgetan. Da müssen Taten folgen.

Deshalb, Herr Römer: Ich habe hohes Verständnis, dass man sich in seine Aufgabe als wirtschaftspolitischer Sprecher der Opposition erst einmal einfinden und dass man eine gesunde Kritik üben muss. Es ist ja auch wichtig für eine Regierung, dass sie eine – sagen wir einmal – kluge Gegnerschaft in der Opposition hat. Das hält wach. Wie hat Napoleon immer gesagt? Lieber ein kluger Gegner als ein dummer Freund! – Aber ich muss gestehen: Davon sind Sie noch weit entfernt. Wir wünschen uns, dass Sie sich in dieser Frage verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aufstellung des ersten Haushalts einer neuen Landesregierung bietet in der Tat Gelegenheit, Zwischenbilanz zu ziehen über das, was nach der Regierungsübernahme vorgefunden wurde, über das, was bereits auf den Weg gebracht wurde, und über das, was wir uns in näherer Zukunft vorgenommen haben.

Die gute Nachricht ist – darüber dürfen wir uns gemeinsam freuen –, dass wir hier heute über die Perspektiven nordrhein-westfälischer Wirtschaft und des Mittelstandes sprechen können – zu einem Zeitpunkt, zu dem die Menschen in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Gesamtdeutschland wieder mit wachsendem Optimismus nach vorne blicken. Ich denke dabei vor allen Dingen an die erfreulichen Prognosen der Wirtschaftsinstitute, die voraussagen, dass unsere heimische Wirtschaft an Fahrt aufgenommen hat und voraussichtlich in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,8 % zeitigen wird. Es ist das beste Wirtschaftswachstum, das wir seit sieben Jahren hatten.

Diese positive Entwicklung zeigt sich zum einen an den steigenden Auftragseingängen aus dem Ausland. Aber viel wichtiger ist, dass sich vor allen Dingen die Binnenkonjunktur und damit auch das Vertrauen unserer Verbraucher hier in Nordrhein-Westfalen offenbar deutlich verbessert haben.

Ich will annehmen – und darüber dürfte Konsens bestehen –, dass die Politik jetzt alle Voraussetzungen dafür schaffen muss, dass diese Entwicklung kein Strohfeuer bleibt, sondern von Dauer ist, sodass Unternehmensgewinne, Unternehmensgründungen im Ergebnis auch zu mehr Arbeitsplätzen führen, die unser Land so dringend benötigt. Wir werden das schaffen, wenn wir den eingeschlagenen Kurs zu einer Politik der sozialen Marktwirtschaft weiter konsequent umsetzen und dauerhaft durchhalten.

Der vorliegende Einzelplan 08 des Wirtschaftsministeriums verdeutlicht eindrucksvoll, was es bedeutet, wenn durch eine rückwärts gewandte Politik – Herr Römer, Sie haben sie gerade noch einmal eingefordert –, die der Vergangenheit dieses Landes nachtrauert, Handlungsspielräume eingeschränkt werden und keine Luft mehr da ist für eine Zukunft, die wir ausreichend gestalten können. In wohl keinem Einzelplan des vorliegenden Haushalts wird dies so deutlich wie im Einzelplan des Wirtschaftsministeriums – eindrucksvoll belegt durch die Tatsache, dass mehr als 50 % der Etatmittel des Bereichs Wirtschaft, das heißt 570 Millionen €, gezwungenermaßen allein für die Subventionierung der Steinkohle eingesetzt werden, also für einen Tätigkeitsbereich, dem für die Geschichte Nordrhein-Westfalens ohne Frage eine große Bedeutung zukommt, der aber eben der Vergangenheit angehört.

570 Millionen €, eine astronomisch hohe Summe, aktuell eingesetzt, um rund 30.000 Arbeitsplätze zu subventionieren, ein finanzieller Einsatz, der bei einer Million Arbeitslosen in diesem Land – da erfolgt also keine Subventionierung von Arbeitsplätzen – nicht mehr zu vertreten ist. Von diesem Geld lassen sich weitaus bessere Maßnahmen für die Zukunft des Landes finanzieren. Daher ist es das erklärte Ziel der Landesregierung und der sie stützenden Fraktionen, dieser Form der Subventionspolitik in Zukunft ein Ende zu bereiten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, eine gute Wirtschaftspolitik bemisst sich doch keinesfalls an der Höhe von Subventionen oder der großzügigen Ausstattung von Förderprogrammen, wie sie in der Vergangenheit häufig anzutreffen war. Eine gute Wirtschaftspolitik stellt sich der Realität, stellt Wahrheit und Klarheit in den Vordergrund des Handelns, weist klare Linien auf, ist berechenbar und schafft so langfristig Vertrauen. Eine gute Wirtschaftspolitik bemisst sich allein daran, wie man durch verlässliche Strukturen Menschen und Betriebe dazu bringt, zu investieren, eigenständig unternehmerisch tätig zu werden, wobei sich der Staat zurücknimmt und den Einzelnen wieder zur Selbstbestimmung und Selbstverantwortung ermutigt. Weg von der Regelungspolitik hin zur Ordnungspolitik, das ist der wirtschaftspolitische Kompass dieser Landesregierung.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ganz besonders, dass die Wirtschaftsministerin gerade den Mittelstand in den Fokus ihrer Politik gerückt hat. Durch die Erhöhung der Meistergründungsprämie zeigt sich deutlich, dass wir alle Möglichkeiten nutzen wollen, um neue Existenzen zu gründen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine

Insolvenzquote von lediglich 3 % in den ersten fünf Jahren verdeutlicht die Wirksamkeit dieses Programms. Auf diese Weise werden dauerhaft Existenzen geschaffen.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir wollen weg von der Symbolpolitik vergangener Jahre. Wir wollen weg von den Luftblasen einer Rhetorikpolitik. Als beredtes Beispiel dieser unnützen Rhetorik gilt das sogenannte Mittelstandsgesetz, das regelt, dass alle staatlichen und kommunalen Dienststellen verpflichtet sind, sich mittelstandsfreundlich zu verhalten. Solche Regelungen gehören der Vergangenheit an, sind vollkommen nutzlos, haben keinerlei praktischen Bezug und werden daher abgeschafft.

In diesem Zusammenhang auch ein klares Wort zur Abschaffung des Tariftreuegesetzes, das gestern den Kollegen Rainer Schmeltzer dazu veranlasst hat, sich in der Öffentlichkeit hervorzutun und in einer Pressemitteilung Folgendes zu postulieren – ich darf mit Einverständnis der Präsidentin zitieren –:

„Die von der Landesregierung beschlossene Abschaffung des Tariftreuegesetzes werde Tausende von Arbeitsplätzen kosten.“

Das ist der dummdreiste Versuch, sich immer noch an Altes zu klammern und die Realität nicht wahrhaben zu wollen.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

– Das Tariftreuegesetz, verehrter Kollege Eumann, ist ein bürokratisches Monstrum, das zu keiner Zeit von der Praxis angenommen, sondern immer wirkungslos war – das wissen Sie auch –, das niemandem genutzt, aber vielen geschadet hat.

(Widerspruch von der SPD)

Deswegen sagt die überwiegende Zahl der Sachverständigen: So etwas gehört nicht in das Reglement einer funktionierenden Wirtschaftspolitik.

(Beifall von der FDP)

Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen: Auch hier zeigt sich sehr deutlich, dass Sie noch weit zurück sind in dem Prozess der Erkenntnis, was der Wirtschaft wirklich hilft und was ihr im Ergebnis schadet. Symbolisch, rein rhetorisch und damit auch nutzlos war auch Ihre Institution des Mittelstandsbeauftragten mit einem großen Stab von Mitarbeitern, wo nicht klar war, was die eigentlich gemacht haben. Wir brauchen auf Landesebene kein ausuferndes Be-

auftragtenwesen, mit dem die Politik Aktionismus vortäuscht, aber in der Sache nichts erledigt wird.

Der Politik nutzloser Symbole und Rhetorik stellen wir konkrete Maßnahmen entgegen, mit denen man wirklich etwas anfangen kann. In diesem Sinne wurde bereits Ende des vergangenen Jahres das erste Mittelstandspaket verabschiedet, in dem für jedermann praktisch handhabbare Maßnahmen gebündelt und umgesetzt werden.

Selbst wenn Sie, Herr Kollege Römer, eben versucht haben, das der Lächerlichkeit preiszugeben: Wir werden uns daranmachen, den Dschungel an Förderprogrammen zu beseitigen und wachstumshemmende bürokratische Regelungen einzustampfen. Das war lange überfällig. Gerade der Mittelstand muss von überbordender Bürokratie befreit werden, damit er sich wieder auf sein eigentliches Kerngeschäft konzentrieren kann. Die Bürokratie ist zu einer Bremse für Investitionen geworden.

Ob es Ihnen passt oder nicht: Wir werden dafür sorgen, dass in Nordrhein-Westfalen EU-Vorschriften nur noch 1:1 umgesetzt werden. Vorbei sind die Zeiten, in denen sich Politik den Luxus erlauben konnte, aufgrund einer ideologiebehafteten Sachbetrachtung EU-Normen unserer Nachbarländer zulasten unserer heimischen Wirtschaft noch übertreffen zu müssen. Durch diese gesetzgeberischen Maßnahmen lassen sich auch ohne Haushaltsauswirkungen deutliche Impulse für eine positive wirtschaftliche Entwicklung setzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf abschließend sagen: Ohne Frage sind weitere Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik wichtig und hilfreich. Aber die aktuelle Wirtschaftspolitik stößt an die Grenzen Ihrer politischen Hinterlassenschaft, einer Hinterlassenschaft der leeren Kassen. Deshalb ist es heute wichtiger denn je, dass in der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Kurs der Umsteuerns, den die Landesregierung eingeschlagen hat, eingehalten wird, die heimische Wirtschaft weiter belebt wird, Arbeitsplätze geschaffen werden und Geld verdient wird, damit wieder Gestaltungsräume eröffnet werden, die die Zukunft der kommenden Generation sichern. Dafür wird diese Landesregierung, wird die CDU-Fraktion weiterhin hart arbeiten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Droste. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Dr. Droste, Sie waren zum Schluss ja sehr engagiert. Ich würde einleitend gerne auf die etwas traurige Realität des Einzelplans 08 zurückkommen. Ich habe den Eindruck, bei der disponiblen Masse dieses Einzelplans und der Redezeit, die wie hierauf verwenden, gibt es eine gewisse Disproportion.

(Beifall von den GRÜNEN)

Über 50 % – das haben Sie richtig gesagt – sind durch die Steinkohle gebunden. Aber auch das Gros der restlichen Mittel ist der Gestaltbarkeit durch das Parlament faktisch entzogen.

Auch die Verabschiedung und die Umsetzung der EU-Programme – Gesamtvolumen 226,3 Millionen € – und der Gemeinschaftsaufgabe – 58,2 Millionen € – sind vom Parlament überhaupt nicht nachzuvollziehen, sind nicht transparent.

Die Intransparenz wird zunehmend dadurch verstärkt, dass die EU-Programme und die Gemeinschaftsaufgabe im Zuge der forcierten Heranziehung der GA zur Darstellung der nationalen Kofinanzierung immer mehr miteinander verzahnt werden.

Wenn ich von dem verbleibenden Rest des Einzelplans die Ausgaben abziehe, die aufgrund vertraglicher Festlegung und Personalbindung, vorgegeben sind oder die wir im Konsens für solch ein wichtiges Projekt wie die Polypropylen-Pipeline alle tragen, dann komme ich auf einen tatsächlich disponiblen Anteil des Wirtschaftshaushaltes von ungefähr 32 Millionen €. Mehr bekomme ich dabei nicht heraus. Insofern ist das die Gestaltungsmasse, über die wir reden. Das ist für ein Parlament, das im Prinzip den Haushalt auf den Weg bringen soll, natürlich eine außerordentlich geringe Masse.

Umso wichtiger wird jenseits dessen, was an Geld da ist, das, was man aus den Einzelmaßnahmen macht, Frau Thoben. Da komme ich gleich zu ein paar kritischen Punkten.

Das Erste ist, dass wir das Thema der nationalen Kofinanzierung des Ziel-2-Programmes wie im Wirtschaftsausschuss noch einmal aufgreifen müssen. Sie haben entschieden, dass die nationale Kofinanzierung auch einen Sparbeitrag erbringen muss. Dagegen kann man im Prinzip nichts sagen. Aber die Art und Weise, wie Sie das umgesetzt haben, war aus unserer Sicht handwerklich fehlerhaft und in der Außendarstellung so unprofessionell, dass die Förderregionen in nicht unerheblicher Weise verunsichert wurden.

Sie haben zunächst die zentrale nationale Kofinanzierung im Einzelplan 08 in den Titelgruppen 80 und 88 massiv gekürzt – gemessen an den Ansätzen im Haushalt 2005 um insgesamt 17,67 Millionen €, gemessen an den im Finanztableau des Haushaltes 2005 für 2006 vorgesehenen Zielwerten um 27,07 Millionen €. Dafür haben Sie bei der dezentralen Kofinanzierung eine Mittelzuschreibung vorgenommen.

Im Grundsatz ist auch das Heranziehen von Programmen und Titeln außerhalb des Einzelplans 08 nicht neu. Neu ist das Ausmaß. Sie haben Mittel in einer Höhe von zunächst 75 Millionen € herangezogen. Das ist im Berichterstatgespräch korrigiert worden auf 58 Millionen €. Neu ist, dass die Landesregierung nicht sagen kann, in welcher Höhe diese Mittel konkret und wo erbracht werden sollen. Stattdessen verweisen Sie lediglich auf den Haushaltsvollzug. Neu ist die pauschale Ankündigung, die Eigenanteile anderer öffentlicher Träger erhöhen zu wollen. Sie wissen, die Haushaltssituation der Kommunen, besonders der Kommunen unter Haushaltssicherung, ist außerordentlich kritisch. Und Sie wissen, dass diese Kommunen die zusätzlichen Lasten gar nicht werden stemmen können.

Das ganze Kofinanzierungschaos gipfelt im Eingeständnis, dass letztendlich 10 Millionen € fehlen und Sie einen Antrag bei der EU-Kommission gestellt haben, bei der Darstellung der nationalen Kofinanzierung auch private Mittel berücksichtigen zu wollen. Das ist ein Antrag, der von der Kommission bis heute nicht positiv beschieden wurde. Das heißt, bis heute wissen wir nicht, ob 10 Millionen € bei der nationalen Kofinanzierung fehlen oder nicht.

Das heißt in dem Bereich: Absichtserklärungen, Verweise auf den Haushaltsvollzug, Ankündigung imaginärer Drittmittel. Das sind die Pfeiler, auf denen Sie diesen Teil aufbauen, und das ist ein brüchiges Fundament.

Ich will noch zwei, drei Punkte ansprechen, die Sie angekündigt haben, die nicht unter Haushaltsvorbehalt stehen, wo aber aus meiner Sicht die Bilanz nach einem Jahr eher dürrftig oder kritisch ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben angekündigt, „Startercenter“ einzurichten – das neue Gründungskonzept der Landesregierung. Damit sind wir im Prinzip einverstanden, weil die Zielsetzung, Gründung zu beschleunigen und bürokratischen Aufwand für die Gründer zu entschlacken, vernünftig ist. Was ist dabei herausgekommen? Die bisherige Umsetzungsbilanz

dieses Projektes ist eine Aneinanderreihung von Pannen: vollmundig angekündigt als neue Partnerschaft mit den Kammern, danach eine bitterböse Reaktion in den Kommunen – nicht parteipolitisch motiviert in roten oder rot-grünen Kommunen, sondern auch in Ihren eigenen – und deswegen ein Rückrudern. Selbstverständlich sollten die kommunalen Wirtschaftsförderungsstellen einbezogen werden.

Dann hatten Sie eine Pressekonferenz angekündigt. Da sollte die neue Präsentation dieses Konzeptes vorgestellt werden. Am Tag der Pressekonferenz ist sie abgesagt worden mit der Begründung, mit einem Partner bestehe noch Abstimmungsbedarf. Das ist jetzt zwei Monate her, und nichts ist seitdem geschehen. Das heißt, man ist nicht weiter. Das sind handwerkliche Mängel; das hat nichts mit knappen Haushalten zu tun.

(Beifall von der SPD)

Es gibt Handlungsbedarf, um das klar zu sagen. Es gibt Handlungsbedarf bei Angeboten für Gründer und Gründerinnen und junge Unternehmen in der Nachgründungsphase. Wir haben das auch in einer Anhörung thematisiert.

Es gibt Handlungsbedarf bei der konkreten Hilfestellung für sogenannte Restarter, also diejenigen, die, nachdem es einmal schief gelaufen ist, eine zweite Chance nutzen und aus den Erfahrungen lernen wollen.

Es gibt Handlungsbedarf in Bezug auf die Forcierung technologieorientierter Gründungen über „Pfau“ und das Instrument des Hochschulgründungsfonds hinaus.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ja!)

Und es gibt Handlungsbedarf in Bezug auf eine möglichst flächendeckende Einrichtung oder Weiterentwicklung von Gründungspartnerschaften zwischen Hochschulen, Kammern und kommunalen Wirtschaftsförderungsstellen.

Dafür brauchten wir etwas. Da sind Sie, obwohl Sie es sehr schnell angekündigt haben, lange im Verzug.

Unter die Rubrik „Ankündigungen“ fällt auch, dass Sie uns seit Monaten ein neues Außenwirtschaftskonzept angekündigt haben, das bisher aber weder dem Ausschuss noch der Öffentlichkeit vorgelegt haben. Ich habe ja Verständnis für fünf, sechs Monate Einarbeitungszeit. Aber in diesem Monat sind die Wahlen ein Jahr her und Sie sind ein Jahr tätig. Jetzt müsste das, was Sie alles angekündigt haben, in eine konkretere Phase kommen.

Zur Meistergründungsprämie: Sie setzen die Mittel herauf. Die Meistergründungsprämie ist zwischen uns ja gar nicht strittig. Sie ist von einem SPD-Wirtschaftsminister eingeführt worden, es ist ein vernünftiges Instrument. Aber was Sie jetzt machen, ist eine Überhöhung der Mittel, die nicht dem realen Bedarf entspricht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es sind 6,1 Millionen € angesetzt worden. Damit ließen sich 1.220 Meistergründungsprämien bezahlen. Wir reden an der Stelle nur von Meistergründungen in Nicht-Ziel-2-Gebieten. 2004 sind 538 Meistergründungsprämien ausgezahlt worden, 2005 waren es 650. Die da angesetzte Zahl von 1.220 ist aus unserer Sicht deutlich überhöht.

Deswegen haben wir einen konstruktiven Vorschlag in den Ausschussberatungen gemacht und gesagt: Lasst uns die Meistergründungsprämie ausweiten – über diejenigen, die einen Meisterbrief haben, hinaus auf diejenigen, die nach der Handwerksordnungsnovelle am 1. Januar 2004 entsprechend der §§ 7b und 8 der Handwerksordnung die Befähigung und die Berechtigung haben, ein Handwerk zu gründen. Das heißt, auch diejenigen sollten in den Genuss der Meistergründungsprämie kommen und dadurch neue Arbeitsplätze und Betriebe schaffen. Das haben Sie bedauerlicherweise abgelehnt. Wir hätten die beiden Titel natürlich auch gegenseitig deckungsfähig gemacht; denn wenn man einen solchen Ansatz macht, dann sollen die Mittel auch abfließen, dann sollen Gründungen stattfinden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Eine weitere Bemerkung zum Handwerksrecht; das hat der Kollege Römer aus meiner Sicht eben völlig richtig angesprochen! Jetzt tue ich Ihnen weh, ich habe es Ihnen schon einmal im Ausschuss gesagt: Mir kommt es manchmal so vor, als ob Sie den Einfluss, den früher die IG BCE hatte, jetzt durch den Einfluss von Kammern und Verbänden ersetzen. Und Sie machen es immer wieder!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will es klar sagen: Das eine hat mir nicht gepasst; ich finde das andere in der Sache auch nicht richtig, und Sie werden auf lange Sicht damit scheitern.

Was Sie jetzt im Handwerksrecht machen, dass Sie demjenigen Interessenverband, der die Interessen seiner Mitglieder vertritt, praktisch die Rechtsposition an die Hand geben, über die Neuaufnahme, über das Neutätigwerden von Leuten zu entscheiden, ist aus meiner Sicht nicht richtig.

Das wird nicht zu der notwendigen und begründenswerten weiteren Zahl von Neugründungen führen, sondern das reglementiert das eher. Das ist eine staatliche Aufgabe; die sollte da entscheiden und nicht an andere delegiert werden, die damit in einen permanenten Interessenkonflikt kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt einen weiteren Punkt: Hessen hat im Bundesrat einen Antrag gestellt, der in den nächsten Wochen auch Ihre Positionierung erfordert. Er geht noch weiter. Er möchte die Zuständigkeit in Bezug auf § 16 Abs. 3 der Handwerksordnung auch den Kammern übertragen. Das heißt, die Handwerkskammern werden zukünftig dafür zuständig, die Fortführung eines Betriebes untersagen zu können. Das ist aus meiner Sicht auch rechtlich außerordentlich zweifelhaft.

Nach meinem Rechtsverständnis, um das auf der Ebene einmal zu vergleichen, würde das heißen, dass die RAG auch in Zukunft die Genehmigung bekäme, ihre Zuwendungsbescheide selbst zu prüfen.

Es kann nicht sein, dass die Handwerkskammern prüfen, ob jemand einen Betrieb aufgeben muss. Wer übernimmt, wenn es zu Rechtsstreitigkeiten kommt und an der Stelle positiv im Sinne der Betroffenen entschieden wird, die Haftung? Machen Sie das? Oder muss das jemand anderes machen?

Dieses sind aus meiner Sicht eine Menge kritischer Punkte.

Letzter kritischer Punkt, den ich ansprechen möchte: Sie wollen infolge der Aufhebung des Tarifvertragstreugesetzes auch Ausschreibungsgrenzen und Ausschreibungsmodalitäten massiv ändern. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass man beim Tarifvertragstreugesetz bei bestimmten Positionen die Untergrenze ändert. Aber dass Sie in Zukunft bei einem Auftragswert bis zu 30.000 € zu einer freihändige Vergabe ohne Einzelbegründung kommen und keine Ausschreibung mehr vorschreiben wollen, ist angesichts der vielen Erfahrungen, was Korruption und anderes angeht, nicht zu verantworten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist auch nicht Bürokratieabbau. Das führt zu Willkür und Hoflieferantentum; denn die Auftragsgrenze von 30.000 € deckt im Lieferungs- und Dienstleistungsbereich praktisch das Gros der Aufträge ab. So etwas sollten Sie an der Stelle nicht machen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Kollege Brockes das Wort.

Bevor ich ihm das Wort gebe, eine persönliche Anmerkung von mir an Frau Steffens: schicke Jacke! – Herr Kollege Brockes, Sie haben das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie für das Jahr 2006 wird von zwei Seiten in die Zange genommen. Da ist zum einen das zentrale Ziel der von FDP und CDU getragenen Landesregierung, den Haushalt zu sanieren, damit wir für künftige Generationen wieder finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten bekommen. Dabei muss natürlich auch das Wirtschaftsministerium einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Deshalb haben wir im Umfang von 20 % bei den rein durch Landesmittel finanzierten Programmen sowie beim Landesanteil am Gemeinschaftsprogramm mit der EU entsprechend kürzen müssen.

Meine Damen und Herren, zum anderen wird der Etat der Wirtschaftsministerin von den von der rot-grünen Landesregierung eingegangenen Verpflichtungen zur Förderung der deutschen Steinkohle dominiert. 572,2 Millionen € – das sind 55,4 % der gesamten Ausgaben des Einzelplans 08 – gehen für die Steinkohlensubventionierung drauf.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Herr Sagel, um es auch Ihnen zu verdeutlichen; denn ich glaube, es ist notwendig, Ihnen das plastisch darzustellen, damit Sie es auch verstehen:

(Dietmar Brockes [FDP] hält eine Seite des Haushaltsplans hoch.)

Auf dieser einen Seite des Haushaltsplanes ist mehr Geld aufgeführt als auf allen anderen Seiten. Das ist Ihrer Politik geschuldet, das ist die rot-grüne Erblast, die Sie an uns weitergegeben haben, mit der wir leider auch in den nächsten Jahren zurechtkommen müssen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser enormen Restriktionen ist es ein beachtlicher Erfolg der Landesregierung, dass die Ziel-2-Mittel der EU in vollem Umfang abgerufen werden können. Dies wird durch eine verstärkte Beteiligung Dritter an der Kofinanzierung der EU-Mittel gewährleistet.

Ich möchte, Frau Kraft – schön, dass Sie noch im Raum sind –, auch kurz etwas zu aktuellen Meldungen sagen. Ich fand es bemerkenswert, was ich in Ihrer Pressemeldung heute Morgen lesen konnte.

(Ministerin Christa Thoben: Welche?)

Danach ist es Ihrem Schreiben an den Bundesfinanzminister und seiner Arbeit zu verdanken, dass eine private Kofinanzierung wahrscheinlich ermöglicht wird.

(Hannelore Kraft [SPD]: Da hat die FDP mit Sicherheit nichts zu entscheiden!)

Ich finde das schon beachtlich. Vor nicht einmal einem Monat haben Ihre Kollegen hier im Plenum und auch im Ausschuss bezweifelt, ob es dazu kommen wird, dass die Europäische Union auf Kofinanzierungen von privater Seite entsprechend eingeht. Es wäre schön, wenn Sie die Briefe, die Sie an Ihren Exkabinettskollegen schreiben, zumindest Ihren Fraktionsmitgliedern zur Verfügung stellen würden,

(Beifall von der FDP)

damit in Ihren Reihen eine einheitliche Position bezogen wird.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich verstehe ja Ihren Ärger, weil Sie da nämlich keinen Einfluss haben!)

– Ach, Frau Kraft. Vielleicht haben Sie es immer noch nicht gemerkt, dass wir im Gegensatz zu Ihnen hier mit der Regierung stellen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Auf der Bundesebene, Herr Brockes!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, durch eine stärkere Konzentration und eine Steigerung der Effizienz der Fördermittel ist es zusätzlich gelungen, die Meistergründungsprämie zu erhöhen, was wir auch in der letzten Legislaturperiode gefordert und im Koalitionsvertrag vereinbart haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Durch die Erhöhung des Haushaltsansatzes um 2 Millionen € stellen wir sicher, dass alle Förderanträge zeitnah bedient werden können und nicht wie unter Rot-Grün erst ein Jahr später.

Deshalb, Herr Kollege Priggen, kann ich Ihre Kritik nicht mittragen. In der Vergangenheit war es üblich, dass die beantragten Mittel erst viel später ausgezahlt wurden und wir durch dieses Instrument die Schaffung neuer Arbeitsplätze häufig verschleppt haben.

Meine Damen und Herren, angesichts der im bundesweiten Vergleich viel zu geringen Selbstständigenquote in Nordrhein-Westfalen ist dies ein deutliches Zeichen dafür, dass die Unterstützung von Unternehmensgründungen insbesondere in Handwerk und Mittelstand für die Koalition aus FDP und CDU allerhöchste Priorität genießt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Brockes, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von der Frau Abgeordneten Löhrmann. Möchten Sie die gerne zulassen?

Dietmar Brockes (FDP): Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Brockes, herzlichen Dank! Die Erkenntnis, die Sie gerade vorgetragen haben, dass das mit dem Abrechnungsmodus so wäre, scheint bei Ihnen ziemlich neu zu sein.

Können Sie mir bitte noch einmal erklären, warum Sie in den vergangenen fünf Jahren sämtliche Erhöhungsanträge, die Sie als FDP zu Einzelplänen gestellt haben, immer mit der Absenkung der Steinkohlesubventionen begründet haben?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Bitte schön.

Dietmar Brockes (FDP): Frau Kollegin Löhrmann, selbstverständlich haben wir immer Druck gemacht. Ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie – wir sehen es auch bei den Anträgen – genau in dieselbe Richtung gehen, wie wir es in der Vergangenheit gemacht haben. Deshalb müssen Sie die Frage schon selbst beantworten.

Wenn das, was wir in der Vergangenheit gemacht haben, nicht seriös sein soll, ist das, was Sie gerade machen, genauso wenig seriös.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Ralf Witzel [FDP]: Der Unterschied ist, Frau Löhrmann, dass Sie nichts unternommen haben!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Es gibt einen weiteren Wunsch nach einer Zwischenfrage von Ihrem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Papke.

Dietmar Brockes (FDP): Selbstverständlich.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Da können Sie nicht Nein sagen.

(Allgemeine Heiterkeit)

Dietmar Brockes (FDP): Ich war drauf und dran, Nein zu sagen.

Dr. Gerhard Papke^{*)} (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Brockes! Ich würde Sie gerne um eine Einschätzung bitten. Meinen Sie, dass Frau Kollegin Löhrmann schlichtweg nicht weiß, dass die Anschlussregelung für die Subventionierung der Steinkohle nach 2005 erst vor zwei Jahren – also erkennbar unter rot-grüner Verantwortung in Bund und Land – vereinbart worden ist?

Meinen Sie, dass Frau Kollegin Löhrmann das nicht weiß, oder meinen Sie, dass Frau Kollegin Löhrmann diese unmittelbare Verantwortung der Grünen in Bund und Land für die Anschlussregelung, die wir jetzt gewissermaßen

(Sören Link [SPD]: Fragen Sie jetzt Frau Löhrmann oder Herrn Brockes?)

durchtragen müssen, bis wir sie verändern können, bewusst ignoriert?

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist politischer Gedächtnisschwund! – Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Dietmar Brockes (FDP): Lieber Kollege Papke, ich habe die Befürchtung, dass der Gedächtnisschwund in diesem Raum förmlich greifbar ist und sich komprimiert in einem Teil des Raumes aufhält.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Die Frage ist nur, in welchem Teil!)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Baustein zur Förderung des Gründungsgeschehens und zur Stärkung der Selbstständigkeit in Nordrhein-Westfalen ist die Optimierung der Gründungsberatung. Unser Ziel ist die Einrichtung von Gründungsagenturen, die aus einer Hand unbürokratische Beratung anbieten und alle Formalitäten wie zum Beispiel Gewerbeanmeldungen erledigen.

Ohne die Bedeutung schmälern zu wollen, die der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung des Landes für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen zukommt, muss man gerade in diesen Tagen den Blick aber auch auf die bundespolitischen Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen richten.

Ich habe die allergrößte Sorge, dass das zarte Pflänzchen einer anziehenden Konjunktur in Nordrhein-Westfalen von der sogenannten großen Koalition in Berlin zertrampelt wird. In ihrem Frühjahrsgutachten haben die sechs führenden Wirtschaftsförderungsinstitute der Bundesregierung wirtschaftspolitische Konzeptlosigkeit vorgeworfen. Dem möchte ich widersprechen: Nein, ich

glaube, die schwarz-rote Koalition verfolgt derzeit offensichtlich ein Konzept, mittels massiver Steuererhöhungen den Staatssektor noch weiter auszuweiten.

Zur Erinnerung: Bereits heute geht fast jeder zweite Euro, der in Deutschland erwirtschaftet wird, durch staatliche Hände. Obwohl dies schon jetzt stark an sozialistische Planwirtschaft erinnert,

(Lachen von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

meint der designierte SPD-Vorsitzende Kurt Beck, unser Staat sei chronisch unterfinanziert und bräuchte noch mehr Einnahmen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Recht hat der Mann!)

Nach der Mehrwertsteuererhöhung und dem Abbau von Steuervergünstigungen wie der Pendlerpauschale und dem möglichen Gesundheitssoli will er wohl die Bürger und Unternehmen schon einmal mental auf die nächste Steuererhöhung vorbereiten. Man kann sich leicht vorstellen, welche Signale solche Diskussionen an ausländische Investoren aussenden: Mach einen großen Bogen um den Standort Deutschland und investieren dein Geld besser woanders. – So wird gerade in Unternehmenskreisen argumentiert.

Ein Stück aus dem steuerpolitischen Tollhaus ist die Verständigung von SPD und Union auf die Einführung der sogenannten Reichensteuer. Um ein bisschen linke Symbolpolitik à la Lafontaine zu betreiben, wird sehenden Auges eine verfassungswidrige Steuer auf den Weg gebracht, indem gewerbliche Einkünfte anders behandelt werden sollen als nicht gewerbliche Einkünfte.

Wie diese Sondersteuer einzuordnen ist, hat der Chefredakteur des „Handelsblatts“, Bernd Ziese mer, gestern überaus treffend formuliert. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Selten zuvor sind in Deutschland politische Heuchelei, rechtsstaatliche Verantwortungslosigkeit und ökonomische Dummheit eine so herzinnigliche Verbindung eingegangen wie bei der so genannten Reichensteuer.“

Dem braucht man meines Erachtens nichts mehr hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung in Nordrhein-Westfalen ist angetreten, die Bürger und Unternehmen des Landes zu entlasten und ihnen Freiräume für die Schaffung von Wachstum und Beschäftigung zu eröffnen. Insbesondere bei der Abschaffung überflüssiger Büro-

kratie und staatlicher Überreglementierung ist die Landesregierung schon ein gutes Stück vorangekommen.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wo denn? Beispiele!)

– Ich nenne Ihnen Beispiele: Das fängt bei den Sperrzeiten für die Außengastronomie an.

(Lachen von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Diese wurden durch die Novellierung des Landesimmissionsschutzrechtes verlängert.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Davon, Herr Prof. Bollermann, wird das nordrhein-westfälische Gastgewerbe, einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige unseres Landes, nachhaltig profitieren, und das nicht nur zur Fußballweltmeisterschaft, sondern auch weit darüber hinaus.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Über das Thema haben wir schon lange diskutiert, Herr Brockes!)

Der bislang auf Ostwestfalen-Lippe beschränkte Modellversuch zum Bürokratieabbau wurde auf ganz Nordrhein-Westfalen ausgedehnt. Dadurch wird unternehmerisches Handeln erleichtert und die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Wir machen mit dem Bürokratieabbau ernst. Wie das bei Ihnen aussieht, haben wir eben wieder erfahren: Kaum nimmt man eine Sache in die Hand und setzt sie auch um, wird sie von Ihnen direkt wieder kritisiert:

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Was haben Sie denn Neues gemacht?)

Das geht nicht. Das kann man nicht machen. Das muss doch die staatliche Hand regeln. – Wir machen sie aber, und Sie werden sehen: Es wird funktionieren.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, bei der Vergabe kommunaler Aufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte wurden erstmals in Nordrhein-Westfalen Wertgrenzen eingeführt, bis zu denen die Durchführung von beschränkten Ausschreibungen oder eine freihändige Vergabe ohne weitere Einzelbegründungen für zulässig erklärt wird. Damit haben wir im Interesse der mittelständischen Wirtschaft einen spürbaren Beitrag zum Abbau vergaberechtlicher Bürokratie geleistet. Ich frage mich,

Herr Kollege Priggen: Warum soll bei uns nicht gehen, was in anderen Bundesländern bereits gemacht wird und funktioniert?

Weitere Maßnahmen zur Entlastung des Mittelstandes stehen mit der Abschaffung des Tariftreuegesetzes und der Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen durch die Novellierung des § 107 der Gemeindeordnung bevor.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Brockes, Ihre Redezeit ist überschritten.

Dietmar Brockes (FDP): Meine Damen und Herren, Herr Präsident, ich komme zum Ende meiner Rede. – In der Wirtschaftspolitik und bei der Wahrnehmung der Interessen kleiner und mittelständischer Betriebe hat sich die schwarz-gelbe Koalition in Düsseldorf eindeutig als Erfolgsmodell gegenüber der rot-schwarzen Bundesregierung durchgesetzt. Deshalb werden wir diesen guten Kurs auch in den kommenden Jahren fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun sind wir gespannt, was die Landesregierung dazu zu sagen hat. Frau Ministerin Thoben, Sie haben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf 2006 sieht für das Wirtschaftsministerium Gesamtausgaben in Höhe von 1,033 Milliarden € vor. Das vorgegebene Ziel der Haushaltskonsolidierung wird strikt eingehalten. Sowohl die alleine aus Landesmitteln finanzierten Förderprogramme als auch die Landesanteile an den Gemeinschaftsprogrammen mit der EU wurden in der Summe um rund 20 % abgesenkt. Der Wirtschaftsetat hat damit seinen Konsolidierungsbeitrag in vollem Umfang erbracht.

Wenn Sie das für falsch halten, sage ich Ihnen: Wir kündigen Prioritäten nicht nur an, wir verhalten uns auch so. Ich bin als Wirtschaftsministerin bereit, von Teilen der Subventionen etwas abzugeben, wenn das in Jugend, Bildung und Familie fließt. Wenn Ihnen das fremd ist, müssen Sie das anders machen.

(Beifall von der CDU)

Gleichwohl weist der Haushalt 2006 gegenüber dem Vorjahr eine leichte Steigerung aus. Ursache dafür ist im Wesentlichen der auf dem rechtskräf-

tigen Zuwendungsbescheid beruhende Mehrbedarf bei den Kohlehilfen.

Der Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wird durch eine stärkere Konzentration der Fördermittel, die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung auf mehr Effizienz und eine stärkere Beteiligung Dritter an der EU-Kofinanzierung so kompensiert, dass – das ist die Absicht, und ich bin mir sicher, dass wir das schaffen – die erforderlichen Impulse für bessere Rahmenbedingungen und mehr Wachstum trotzdem gegeben werden können.

(Widerspruch von Norbert Römer [SPD])

– Herr Römer, das wird auch durch Wiederholung nicht besser. Der Begriff der „Verkammerung“ mag sich für Sie ganz lustig anhören. Im Land versteht wirklich niemand, was „Verkammerung“ heißen soll.

Wir haben vor, Startercenter zu gründen, und das verzögert sich ein Stück, weil nicht wenige von Ihnen aus der Opposition – die Grünen nehme ich dabei ausdrücklich aus – versuchen, kommunale Wirtschaftsförderung unter der Überschrift aufzuheizen: Ihr werdet nicht mehr gebraucht! – Versuchen Sie doch einmal, mit dem Wirtschaftsförderer in Dortmund zu sprechen. Der sagt mir: Frau Thoben, wenn Sie einen Zeugen brauchen und schneller an die Presse wollen, machen Sie das mit mir. – Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie können ganz beruhigt sein: Mir ist das auch ein bisschen spät. Ich hätte das lieber ein bisschen schneller gehabt, aber die Startercenter kommen.

Zum Bürokratieabbau: Herr Römer, wollen Sie wirklich behaupten, Bürokratieabbau sei im Land kein Thema? Sie haben mich gefragt, mit welchen Unternehmen, die nach Ihrer Auffassung alle mit der Bürokratie zufrieden seien, ich denn rede. Das haben Sie hier so vorgetragen. Und wenn wir dann von der Übertragung der OWL-Vorschläge auf das ganze Land reden, sagt die Grünen-Fraktion: Das haben wir doch angefangen! – Was gilt denn nun? – Haben wir zu viel Bürokratie oder haben wir das, was Herr Römer malt? Es kann nicht wahr sein, was Sie hier vortragen!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden die Bürokratie weiter zurückführen, weil das ein dringendes Anliegen ist.

Meine Damen und Herren, ich gebe zu, dass mir das mit der Neuausrichtung der Außenwirtschaftsförderung und der Neustrukturierung der Wirt-

schaftsförderungsgesellschaft auch zu langsam vorangeht. Aber ich möchte mit einem seriös abgestimmten Konzept kommen. Das wird zeitnah geschehen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Immerhin! Das war am Anfang nicht erkennbar!)

– Ich will Ihnen doch nur sagen, Sie mögen es vielleicht ganz anders sehen, aber Sie haben dieses Durcheinander angerichtet, nicht wir. Wenn wir das jetzt beseitigen wollen, braucht man dazu ein bisschen mehr Zeit, als Ihnen das lieb ist. Das geht eben nicht in vier Wochen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zur Mittelstandspolitik und der Übertragung der Ausnahmegenehmigung auf die Handwerkskammern! Erkundigen Sie sich eigentlich nirgendwo in anderen Bundesländern, wie man das dort handhabt? Ist das für Sie vollständig fremd? Wollen Sie weiter auf einer Insel der Ideologie leben? Mit uns tun Sie es nicht! In allen anderen Bundesländern laufen diese Genehmigungen über die Kammerorganisationen ohne irgendeinen Nachteil.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie an der Stelle anders denken, machen Sie so weiter. Unsere Meinung ist das nicht.

Dann war da die wunderbare Formulierung, wir würden uns aus dem Strukturwandel im Ruhrgebiet vollständig verabschieden. – Herr Römer, legen Sie diese Stehsätze allmählich an die Seite. Ihnen folgt kein Oberbürgermeister im Ruhrgebiet mehr.

(Beifall von CDU und FDP)

Die laden uns ein und fragen uns: Was, schon wieder ein Bewilligungsbescheid? Und dann auch noch Projekte, die das gesamte Ruhrgebiet gut heißen kann.

Nehmen Sie das Beispiel von der Pipeline. Ob Sie in Dortmund, Bochum oder wo auch immer fragen: Wir sagen, liebe Leute, wir haben umgewechselt, die alte Landesregierung hat die Kraft nicht gehabt, die privaten Betreiber so ökonomisch in die Zange zu nehmen, dass die unterschreiben müssen. Sonst hätten wir die Fördermittel anders verwandt.

Wir finanzieren 20 % der großen Pipeline. 80 % werden privat finanziert. Das ist ein tolles Projekt zur Stabilisierung des Standortes im nördlichen Ruhrgebiet.

Als kleinen Ausgleich dafür verabschiedet man sich von O-Vision, für das Sie hier wider besseres Wissen gekämpft haben. Sie haben wenige Wochen später selber erkennen müssen, dass die Stadt imstande ist, einen privaten Investor zu finden, der nach dem Grundstück greift. Und plötzlich ist das ganze Thema weg. Vorher haben Sie hier aber Rotz und Wasser geheult, weil wir angeblich etwas ganz Schlimmes machten. Das ist doch unehrlich.

Die Kommunen im Ruhrgebiet sehen das anders. Fahren Sie dort einmal hin. Übrigens bin ich ganz sicher: Die Kraft im Ruhrgebiet – damit meine ich nicht die Abgeordnete Kraft – wird reichen, wenn wir zukünftig die Mittel stärker in dem Wettbewerb um gute Projekte ausloben. Dem Ruhrgebiet werden viele gute Projekte einfallen. Die werden wir begleiten und finanzieren, egal ob Ihnen das passt oder nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Priggen, ich sage es Ihnen noch mal: Wir haben in diesem Haushalt von den EFRE-Mitteln 90 Millionen € noch nicht belegt. Wir haben für die Kofinanzierung aus Landesmitteln noch rund 50 Millionen € 40 Millionen € sind nicht im Etat des Wirtschaftsministers darzustellen. Wir sind ganz sicher, dass wir es zum Teil aus anderen Etats bekommen. Wir sind da auch sehr zuversichtlich. Sie mögen es nicht sein. Wir sind es, weil wir die Signale haben, dass auch dabei die private Kofinanzierung gestattet wird.

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

– Das stimmt, Herr Priggen. Das geht aber auch nicht anders bei Förderprogrammen – ob Sie eines auflegen oder ob wir eines auflegen. Die einzelne Bewilligung ist eben ein Verwaltungsakt. Wenn Sie jetzt immer sagen „Am liebsten möchte ich Verwaltung spielen!“, müssen Sie wechseln.

Die Etathoheit für Fördermittel sieht so aus, dass Sie Etats beschließen und bei Landesprogrammen auch noch politisch debattieren können, welche Zwecke Sie fördern wollen. Aber der Rest ist tatsächlich Verwaltung. Tut mir Leid!

(Heinz Sahnen [CDU]: So ist es!)

Zur Frage der neuen Strukturfondsmittel: Frau Kraft hat zwei verschiedene Pressemeldungen abgegeben, deshalb hatte ich vorhin gefragt. Ich möchte nur etwas zur Aufklärung sagen. Könnten Sie es ihr sagen, wenn Sie wiederkommt?

(Marc Jan Eumann [SPD]: Keine Sorge!)

In Brüssel verhandeln über solche Themen die Bundeskanzlerin, der Außenminister und der Wirtschaftsminister. Herr Steinbrück kann irgendwann einen Brief schreiben, wenn er Zeit hat; er verhandelt aber nicht.

Deshalb müssen Sie schon ausdrücklich und nachdrücklich die Initiativen dieser Landesregierung loben. Wir haben in Brüssel mit hohem Nachdruck mit unseren Abgeordneten und mit den Leuten aus der Kommission verhandelt. Private Kofinanzierung ist ein ganz wichtiges Element; wir kennen ja die Finanzlage des Landes. Diese ist nun erreicht. Und zwischen den beiden unterschiedlichen Stellungnahmen von Frau Kraft – das muss ich so sagen – muss ihr jemand gesagt haben, was wirklich los gewesen ist. Aber das ist ja nicht so schlimm.

(Heiterkeit von Manfred Kuhmichel [CDU])

Bei der Meistergründungsprämie gibt es keine freie Spitze von 2 Millionen €. Ich muss Sie enttäuschen. Ich will Ihnen die Zahlen gerne nennen. Rechnerisch besteht eine geschätzte freie Spitze von 1 Million €. Wenn Sie alle einbeziehen würden, Herr Priggen, die Sie gern einbeziehen möchten, können Sie die wirkliche Förderung des klassischen Meisters nicht mehr sicherstellen, weil die Zahl der Anträge – so ist die Schätzung und ich habe keinen Grund, die Zahlen anzuzweifeln – das weit übersteigen würde. Sie würden dann nicht mehr dem einzelnen klassischen Meister den Zugang zu dieser Prämie offen halten können. Das wollen wir nicht. Deshalb werden wir diesen Kreis nicht ausdehnen.

Auch bei der Tariftreue werden Glaubensbekenntnisse ausgetauscht. Es gibt die Untersuchung eines angeblich sehr renommierten Instituts in Dortmund, das festgestellt hat: Die meisten Gemeinden und Vergabestellen wenden nicht nur das Gesetz nicht an, sondern Sie halten es auch nicht für anwendbar, was viel wichtiger ist.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist nur die halbe Wahrheit, Frau Ministerin!)

Wir sind, weil wir uns mit Sachverhalten und nicht mit Glaubensbekenntnissen befassen, der festen Überzeugung, dass das Entsendegesetz und die Mindestlohnregelung dem Baubereich einen nachvollziehbaren guten Schutz gegen Billigkonkurrenz geben. Wir sind sicher, dass wir zum Beispiel durch Verzicht auf weitere Modellvorhaben, die Nachverhandlungen verbieten, einen größeren Beitrag zur Stabilisierung erhalten.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Fragen Sie doch einmal Praktiker im Vergabeverfahren. Was macht man denn, wenn man nachverhandeln muss? Dann haben Sie den dritten oder vierten Sub-Sub-Subunternehmer. Wir sagen: Wir legen mehr Wert auf die Qualifizierung.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin, Herr Abgeordneter Priggen verspürt den Wunsch nach einer Zwischenfrage.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Bitte schön. – Wird das von meiner Redezeit abgezogen?

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nein.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Ministerin, Sie haben eben Nein gesagt zu der Ausdehnung der Meisterprämien, wie wir sie vorgeschlagen hatten, weil der Kreis derjenigen, die einen Antrag stellen könnten, dann wesentlich größer ist.

Sie haben die Zahl zwar nicht genannt, aber das würde ja heißen, dass die Reform der Handwerksordnung, die dazu führt, dass Altgesellen und andere gründen können, so erfolgreich war, dass dieser Kreis dadurch größer ist, als der Kreis derjenigen, die sonst eine Meistergründung machen. Das müssten Sie dann aber doch eingestehen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie müsste, aber sie kann nicht!)

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Ich muss nachschauen, was hier steht.

Die damit verbundene Steigerung von Fallzahlen – ich beziehe mich auf § 7 Abs. 1 der Handwerksordnung – um weitere 1.883 Fälle ist nicht finanzierbar. Der Ansatz müsste dann verdoppelt werden.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Frau Ministerin, eigentlich ist Ihre Redezeit abgelaufen, aber Herr Eiskirch möchte auch eine Zwischenfrage stellen.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Vielleicht kann Herr Eiskirch die Frage in der zweiten Runde stellen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Okay!)

– Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Mit so viel Disziplin hatte ich jetzt gar nicht gerechnet. Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, da weitere Wortmeldungen zum ersten Teilbereich nicht vorliegen, ist damit der Teilbereich „Wirtschaft und Mittelstand“ abgeschlossen.

Wir kommen zum zweiten **Teilbereich: „Energie“**.

Als erster Redner hat Herr Abgeordneter Leuchtenberg das Wort.

Uwe Leuchtenberg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum ein Thema hat in der Wahrnehmung der Menschen in den letzten Jahren eine solche Renaissance erlebt wie die Energiepolitik. Dies spiegelt sich auch am Umfang und an der Intensität der Debatten im Landtag in der letzten Zeit eindrucksvoll wider.

Energiepolitik wird zukünftig über den sozialen Frieden in unserem Land mitentscheiden. Dies hat die Landesregierung aus unserer Sicht wohl noch nicht wahrgenommen, denn im Haushalt finden wir nicht die entsprechende Rückmeldung dazu.

Die Energiepolitik ist aber auch ein gutes Spiegelbild für das breite Spektrum der Debattenkultur im Landtag. In einzelnen Fällen konnten gute Vereinbarungen zwischen den Fraktionen getroffen werden, die dem Energieland Nordrhein-Westfalen nützen. Ich erinnere nur an die Einrichtung der Enquetekommission, die sich mit stark steigenden Preisen von Öl und Gas intensiv beschäftigt und nach einigen Anlaufschwierigkeiten zu einer sehr konstruktiven Arbeitsweise gefunden hat.

Auch unsere Initiative, um zu einer gemeinsamen NRW-Position zum Nationalen Allokationsplan II zu kommen, zeigt, dass fraktionsübergreifende Initiativen möglich sind, die Nordrhein-Westfalen voranbringen.

Das Land nach vorne zu bringen, darauf kommt es mir und der SPD-Fraktion an. Gerade das Energieland Nordrhein-Westfalen ist darauf angewiesen, in vorderster Front sowohl hier im Land selbst wie auch in Berlin und Brüssel die energiepolitischen Themen zu besetzen und den Entwicklungen eine eigene Richtung zu geben.

(Beifall von der SPD)

Dies sollte sich auch im Haushalt widerspiegeln. Dies vermissen wir jedoch im Haushalt. Gerade für Nordrhein-Westfalen kann es nicht ausreichen, darauf zu warten, was von Berlin und Brüssel vor-

gegeben wird. Energiepolitik erschöpft sich nicht in der falschen Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Steinkohle. Energiepolitik ist mehr. Ich habe es bei meiner letzten Rede hier im Plenum bereits gesagt, wiederhole es aber gerne noch einmal, damit der Stellenwert, den Energiepolitik für uns hat, klar wird: Energiepolitik ist nicht nur Wirtschaftspolitik. Energiepolitik ist Außenpolitik. Energiepolitik ist Standortpolitik. Energiepolitik ist Familienpolitik und Wohnungsbaupolitik. Und in Zukunft immer wichtiger: Energiepolitik ist vor allem Sozialpolitik.

Deshalb hat der damalige Ministerpräsident Peer Steinbrück die Energiepolitik, wo immer erforderlich, zur Chefsache gemacht. Er hat dies getan, um Investitionen anzuschieben. Er hat dies getan, um sozialverträgliche Lösungen für die Menschen im Bergbau sicherzustellen. Und er hat dies getan, um Klimaschutz und Investitionen vereinbar zu gestalten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Und zwar sehr erfolgreich!)

Nichts davon finden wir im heute vorliegenden Haushaltsentwurf wieder. Nordrhein-Westfälische Interessen werden nicht mehr eindeutig und unmissverständlich artikuliert. In den Fällen, in denen sich der Ministerpräsident äußert, trägt er mehr zur Verunsicherung bei. Er nutzt seine Richtlinienkompetenz nicht. Es gibt keine klaren Entscheidungen. Nordrhein-Westfalen droht der Verlust der Energiekompetenz.

Die derzeitige Landesregierung schadet den Interessen Nordrhein-Westfalens, zum Beispiel durch das Lavieren bei der Atompolitik.

(Beifall von Dr. Axel Horstmann [SPD])

Hier haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen Anspruch auf Klarheit. Diese Klarheit vermissen wir im Haushaltsentwurf. Hier möchten wir von Ihnen klipp und klar wissen, wo sich das zukünftig immer knappere Geld im Haushaltsplan wiederfindet, in Form von Forschungsmitteln für neue Atomkraftwerke oder in Form von Forschungsmitteln für umweltfreundliche Zukunftsentwicklungen. Hier wollen wir wissen, welche Rolle die Förderung der erneuerbaren Energien langfristig für Sie spielt.

Unsere Positionen für die anstehende Debatte sind klar:

Erstens. Wir lassen nicht zu, dass Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit gegeneinander ausgespielt werden. Klimaschutz nach Kassenlage wird den Problemen nicht gerecht und wird es mit uns nicht geben. Wir erwarten eine klare Aussage, ob Nordrhein-Westfalen beim Klimaschutz führend bleiben

soll oder ob es bei der Position der Landesregierung bleibt, nichts zu tun und zunächst nur abzuwarten, was von der Bundesebene an Vorgaben kommt. Im Haushaltsentwurf finden wir keine klare Position. Sagen Sie uns, ob wir mit einer Fortschreibung des Klimaschutzberichtes durch die Landesregierung rechnen dürfen oder ob Sie das Thema Klimaschutz auch dem freien Markt opfern wollen.

Zweitens. Wir setzen auf heimische Energieträger für mehr Versorgungssicherheit. Wir wollen die Energieversorgung langfristig, soweit es geht, auf heimische Energieträger stützen. Im Gegensatz zu Öl, Gas und auch Uran müssen diese nicht importiert werden. Dies wird zukünftig immer wichtiger, da die Versorgungs- und Preisrisiken aller Importenergien in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen werden.

Wenn das nichts Neues ist, dann sollten Sie über Ihren ablehnenden Beschluss zum Antrag der Grünen, was das Flüssiggas anbelangt, noch einmal nachdenken.

Wir setzen auf die heimischen Energieträger wie Braun- und Steinkohle sowie auf den stetig steigenden Anteil an erneuerbaren Energien wie zum Beispiel Biomasse, Windenergie, Wasserkraft, Solarenergie und Geothermie. Auch dazu finden wir im Haushaltsentwurf keine klaren Aussagen.

Nordrhein-Westfalen muss seine Vorreiterrolle weiter ausbauen. Und was machen Sie? – In einem der zukunftsträchtigsten und wichtigsten Industrie- und Forschungsbereichen kürzen Sie fast 15 % der Mittel und nennen dies dann grundlegende Prüfung. So geht das nicht in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Investitionen und Innovationen brauchen verlässliche Bedingungen und staatliche Förderungen.

Die heimische Steinkohle und verschiedene erneuerbare Energien können derzeit noch nicht mit den Preisen der Importenergie konkurrieren. Um den Interessen der Menschen gerecht zu werden, ist deshalb aktives politisches Handeln gefordert, nicht das Aussitzen. Von einer zielgerichteten staatlichen Förderung der heimischen Energieträger, fossiler und erneuerbarer Energien, profitieren Wirtschaft, Umwelt und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Energie sparen und Energie effizient nutzen muss weiter das wichtigste Ziel bleiben. Dazu gibt es in Ihrem Haushaltsentwurf keinen ausreichenden

Ansatz. Auch hier verlassen Sie sich auf andere, in diesem Fall auf das Gebäudesanierungsprogramm der Bundesregierung.

Für einen weiteren Strukturwandel im Ruhrgebiet kommt einer starken RAG eine Schlüsselrolle zu. Deshalb darf der weiße Bereich nicht einfach zerschlagen werden. Intelligente Lösungen sind gefragt. Die Landesregierung muss die Voraussetzungen für eine langfristige tragfähige Gesamtlösung für die Bergleute und den Börsengang der RAG schaffen. Auch dazu vermissen wir etwas im Haushalt, unter besonderer Berücksichtigung der mittel- und langfristigen Folgekosten des Bergbaus und auch der Ewigkeitskosten in diesem Bereich. Hier erwarten wir klare Aussagen, wie Sie sich die Finanzierung der Kosten vorstellen und wie Sie sich die Zukunft der Bergleute und ihrer Familien im Steinkohlenbergbau und bei den Zulieferern vorstellen. Lippenbekenntnisse, dass es einen sozialverträglichen Abbau gibt, reichen da nicht aus. In dem Bereich muss etwas stehen.

Unverzichtbar ist auch unsere Position zum Atomausstieg. Die NRW-SPD steht für eine kontinuierliche und verlässliche Energiepolitik. Nordrhein-Westfalen ist aus guten Gründen bereits vor vielen Jahren aus der Atomkraft ausgestiegen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Künstliche Debatten, die den vereinbarten planmäßigen Atomausstieg infrage stellen, gefährden Investitionen in moderne Kraftwerke und schaden den nordrhein-westfälischen Interessen.

(Beifall von der SPD)

Angekündigte CO₂-freie Steinkohlekraftwerke sind das Ergebnis unseres konsequenten Handels und von klaren und verlässlichen Aussagen. Wir brauchen aber Mittel, um die Forschung zu Effizienzsteigerung und Lagerung von CO₂ gemeinsam mit den Energieerzeugern zu verstärken.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf spiegelt die Bedeutung der Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen nur unzureichend wieder. Hier erwarten wir mehr zum Wohl unseres Landes.

Die versprochene Klarheit und Verlässlichkeit auch im Bereich der Energiepolitik ist im Haushaltsentwurf nicht vorhanden. Für die SPD gilt: Der intelligente Umgang mit Energie ist die Zukunft der Energiepolitik. Verlässlichkeit muss das Markenzeichen sein. Für die Regierung gilt auch hier: Das einzig Verlässliche ist ihr Markenzeichen, und dieses lautet „versprochen – gebrochen“. – Danke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ist eigentlich so spannend an dem kurzen Haushaltskapitel Bergbau und Energie, das es eine eigene Rede- und Rechtfertigung braucht? – Spannend ist, meine Damen und Herren, dass der Ansatz für das Kapitel 08 050 in einem Sparhaushalt mit nahezu flächendeckenden Kürzungen um 72 Millionen € oder knapp 14 % von 530 auf 602 Millionen € ansteigt.

So viel Steigerung gab es noch nie und gibt es auch nirgendwo sonst. Hat also die Koalition neben der Bildungspolitik hier einen Investitionsschwerpunkt entdeckt? Das wäre durchaus sinnvoll, weil alle in diesem Haus immer wieder betonen, dass die Energiepolitik ein integraler Bestandteil einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik ist und dass Nordrhein-Westfalen das Energieland Nummer eins in unserer Republik ist.

Aber leider, leider erkennt jeder, der genauer hinschaut, dass diese Auslegung eine krasse Fehleinschätzung wäre. Hier wird nicht Energiepolitik gestaltet, wie wir das gerne möchten, sondern hier wird nur eine Subventionspolitik fortgeschrieben, weil Verträge eben einzuhalten sind. Deshalb schütten wir – um es ganz klar zu sagen: der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe – immer noch mehr, statt endlich weniger Geld in ein Fass ohne Boden, in dem seit den 60er-Jahren schon über 120 Milliarden € verschwunden sind, Geld, das uns jetzt an allen Ecken und Ende fehlt, Geld, das keinen nennenswerten Beitrag zur Zukunftssicherung geleistet hat oder in der Gegenwart leistet.

572 von 602 Millionen € – 78 Millionen € mehr als im Vorjahr – gehen für Steinkohlesubventionen drauf. Nur 22 Millionen € verbleiben für das so genannte REN-Programm, das Landesprogramm „Rationelle Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen“. 3 % für Zukunftsprojekte und, vertragsgebunden, 97 % für die Bewahrung des Gestern: Das ist die sozialdemokratische Erblast, die wir mit uns herumschleppen müssen. So darf die Energiepolitik auf Dauer nicht aussehen. Sonst bleiben wir weder das Energieland Nummer eins, noch wird unsere Wirtschaft die Wachstumsraten der modern aufgestellten Bundesländer überflügeln.

Wenn die Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen wieder Standortpolitik sein soll, weil sie Auswirkungen auf die Beschäftigung, die wirtschaftliche

Entwicklung, die Wettbewerbsfähigkeit und damit auf den Wohlstand unseres Landes hat, müssen wir das Steuerruder energisch umlegen. Dann muss die Energieforschung, das strategische Steuerungselement der Energiepolitik, künftig das Haushaltskapitel dominieren. Dann müssen sich Stichworte wie Effizienzsteigerung bei konventionellen Kraftwerken, Clean-Coal-Technologie, optimierter Einsatz regenerativer Energiequellen, Solar-, Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnik, inhärent sichere Kernkrafttechnik, Transmutations- oder auch Fusionsforschung im Haushalt wiederfinden. Dann darf keine technische Option, die zur Optimierung von Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit oder Umwelt- und Klimaverträglichkeit dienen kann, aus einem Programm ausgeklammert werden, das staatliche Grundlagenforschung mit unternehmerischer Praxisentwicklung eng verzahnt.

Für eine solche Vision braucht man natürlich Geld, das uns aufgrund der sozialdemokratischen Erblast leider fehlt. Deshalb bin ich Wirtschaftsministerin Christa Thoben für ihren energischen und konsequenten Einsatz bei der Gestaltung eines sozialverträglichen Ausstiegs aus dem subventionierten Steinkohlebergbau außerordentlich dankbar. In diesen Dank beziehe ich ihren Einsatz für eine optimale Absicherung des Landes gegen Altlast- und Ewigkeitskosten des Bergbaus ausdrücklich ein.

Nur auf diesem Wege können wir uns das Geld für die energiepolitische Zukunftssicherung beschaffen. Wenn wir an dieser Stelle nicht aufpassen, haben wir plötzlich prächtige Gewinne bei den derzeitigen Eigentümern der RAG, ein Denkmal für den schlitzohrigen Herrn Müller und ein dauerhaftes Loch in der Landeskasse, mit dem es uns kaum noch gelingen wird, das Verhältnis von 3 % Zukunft und 97 % Vergangenheitsbewältigung im Energiehaushalt entscheidend zu verändern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt doch nicht darauf an, dass Herr Müller die RAG oder den wie auch immer benannten weißen Teil davon noch vor seiner Pensionierung Ende 2007 an die Börse bringt. Es kommt darauf an, dass unter Einsatz von mehr als 120 Subventionsmilliarden geschaffene Vermögen der RAG optimal einzusetzen, um die Langzeitkosten des Bergbaus für das Land und damit für den Steuerzahler so gering wie möglich zu halten. Ob das mit dem Börsengang eines Konglomeratunternehmens besser gelingt oder ob es sinnvoller ist, die Erlöse für Teilunternehmen in eine Stiftung einzubringen, die dann die Altlasten und möglichst darüber hinaus

auch Entwicklungsprojekte im Ruhrgebiet finanziert, kann nur ein seriöses Gutachten klären, wie es die Landesregierung immer gefordert hat und wie es der Bund zurzeit europaweit ausschreibt.

Welcher Weg auch immer gewählt wird: Der Kern der Degussa in Marl bleibt bestehen. Die Kraftwerke der Steag wird niemand wegtragen. Das Gleiche gilt meines Erachtens für den Wohnungsbestand der RAG. Herr Müller hat uns schließlich vorgemacht, wie es geht: Mit der Preisgabe der profitablen Überseekohlegruben hat er die Steag und mit dem Verkauf der Perle Feinchemie die Übernahme der restlichen Degussa finanziert.

In seiner Dialektik bedeutet das weder die Aufgabe von Versorgungssicherheit noch eine Zerschlagung. Für ihn fallen solche Operationen unter den Begriff „Unternehmensoptimierung“. Negative Vokabeln wie „Zerschlagung“ sind denen vorbehalten, die partout nicht an den Ruhm von Werner Müller oder an die Organisationsinteressen der IG BCE denken wollen, sondern die nur die Interessen der Steuerzahler im Sinn haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss noch eine Bemerkung zur Absatzförderung für deutsche Steinkohle und zu den Grünen. Für die Grünen ist diese Haushaltsstelle der Jäger 90, mit dem sie die ungedeckten Schecks für ihre Ausgabenorgie finanzieren wollen. Mehr als 220 Millionen € wollen die Grünen hier einnehmen, weil sie angesichts gestiegener Weltmarktpreise für Steinkohle Subventionserstattungen in entsprechender Höhe veranschlagen. Herr Priggen, haushaltspolitisch ist das unseriös. Unseriöser geht es überhaupt nicht mehr.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das wird er Ihnen gleich erklären!)

Sie wissen doch ganz genau, dass die zeitnahe Preisabrechnung, die Sie in das Subventionsprogramm für den Zeitraum von 2006 bis 2008 hineingebracht haben – mit hohem persönlichem Einsatz; das erkenne ich an –, erst ab 2007 zum Tragen kommt. Außerdem kennen Sie doch den Bericht des Bundesrechnungshofs zur Überprüfung der Kohlesubventionen vom 12. Juli 2005, in dem es wörtlich heißt. – Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis darf ich zitieren –:

„Die in den vergangenen Jahren tendenziell gestiegenen Drittlandskohlepreise führten nicht zu einer Verringerung der Beihilfen, da die Produktionskosten ebenfalls anstiegen. Zudem beeinflussten andere zuschussrelevante Parameter, wie die Höhe der Stilllegungsaufwendungen und die Erlöse der Bergbauunternehmen aus dem Absatz der Steinkohle, die Zuschussfest-

setzung. Das Abrechnungsverfahren war dabei so aufwendig, dass das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle die für die Festsetzung der Beihilfen vorgesehene Frist bis zum 31.07. des auf das Plafondjahr folgenden Jahres stets um mehr als ein Jahr überschritt.“

Wenn die etwas zurückzahlen sollen, wird das mit Sicherheit noch viel schlimmer werden. Und wenn wir über die Sprechklausel reden, wird das auch noch viel schlimmer werden.

Aus beiden Gründen, meine lieben Kollegen von den Grünen, ist es völlig unseriös und nach dem Jährlichkeitsprinzip der Haushaltsrechnung sogar unzulässig, die von Ihnen vorgeschlagene Luftnummer von 226 Millionen zu verbuchen. Sie können doch Ihre Kommission für eine nachhaltige Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen keine weit über allen anderen Bundesländern liegende Schuldenstandsquote beklagen, dauerhaft notwendige Haushaltsverbesserungen in Höhe von wenigstens 2,77 Milliarden € analysieren und äußerst harte Anpassungen beim Primärausgabenniveau sowie schmerzhaft politische Entscheidungen zur Schließung der Lücke fordern lassen, wenn Sie gleichzeitig Gelder, die vielleicht gar nicht, frühestens aber 2007 kommen, bereits 2006 für weitere Leistungsversprechen verbraten.

So geht das sicherlich nicht. Da müssen Sie sich schon für eine Richtung entscheiden, Frau Löhrmann: konsolidieren oder konsumieren. Wenn Sie das verstanden hätten – der Kollege Sagel ist leider nicht im Raum –, dann hätten wir uns die Diskussion über all die verlockenden Haushaltsanträge der Grünen sparen können, weil das Geld zur Erfüllung Ihrer Zielvorstellungen nicht anwesend, sondern abwesend ist. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Priggen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Lieber Herr Präsident! Lieber Herr Kollege Weisbrich, es trifft sich gut, dass wir direkt hintereinander in die Debatte kommen.

Ich möchte als Erstes auch an den Kollegen Brockes gerichtet klarstellen: Das, was wir jetzt im Haushalt stehen haben, die Mittel für dieses Jahr, ist Teil der Bugwelle. Und diese Bugwelle ist genau wie die Mittel, über die unser Antrag geht, 2004/2005 Teil der Vereinbarung von 1997. Da hieß der Bundeskanzler Kohl und der Bundeswirt-

schaftsminister Rexrodt, und der war aus Ihrer Partei. Nur um das klarzustellen!

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie können uns kritisieren für das, was an Geld notwendig ist und gezahlt werden muss, ab dem nächsten Jahr. Bei dem, was jetzt im Haushalt ist, ist es anders. Es gibt ja Legendenbildungen, womit sich manche Leute einen schlanken Fuß machen und die Verantwortung von sich weisen wollen. Wenn es ein FDP-Bundeswirtschaftsminister war, der verantwortlich ist für die Dinge, die dieses Jahr im Haushalt stehen, dann kann man nicht so tun, als ob man als Partei damit nie etwas zu tun gehabt hätte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Er hat keine Verantwortung für den Landeshaushalt!)

Das ist das Eine. Das Zweite ist: Herr Kollege Weisbrich, ich will auf folgenden Grundsachverhalt hinweisen. 1997 ist eine Mittelausstattung im Steinkohlebeihilfengesetz bis 2005 vereinbart worden. Die Mittel, die man vereinbart hat – mit den jährlichen Tranchen Bund und NRW –, waren ausreichend, um von 78.000 auf 36.000 Beschäftigte und von 18 auf zehn Zechen herunterzukommen.

Dann haben wir eine Entwicklung mit pendelnden Weltmarktpreisen gehabt. Und die Preise für Importkohle sind keine Spotmarktpreise, sondern es sind die Preise, die das Bundesamt für Außenwirtschaft feststellt. Wenn jemand Kohle über die Grenze nach Deutschland bringt, muss er sagen, wie viel, wofür und was sie gekostet hat. Da ist immer noch ein Unterschied, denn manchmal haben wir Spotmarktpreise, die real nie gezahlt werden. – Das sind also die Preise, für die Kohle nach Deutschland in Kraftwerke kommt.

Diese Preise sind in den Jahren gependelt. Aber in den Jahren 2004 und 2005 sind sie explodiert. Wir hatten die Diskussionen um Koks usw. Sie sind explodiert auf ein Niveau von 55,36 € im Jahre 2004 und 65,02 € pro Tonne im Durchschnitt des Jahres 2005.

Wenn man 1997 einen Durchschnittskohlepreis von 40 € pro Tonne angenommen hat und die Gelder ausgelegt worden sind, um den sozialverträglichen Abbau mit den Plafonds zu machen, dann kann es eigentlich nicht sein, dass dann, wenn der Weltmarktpreis um 60 % steigt, nichts bei der öffentlichen Hand landet. Die Absatzbeihilfen sind ja der weitaus größte Teil der Kohlebeihilfen.

Da hätte ich jetzt etwas von Ihnen erwartet. Das geht noch stärker an die Kollegen von der FDP, denn jetzt sind Sie in der Regierung. Das Land zahlt diese Beihilfen; es ist immer ein zuverlässiger Zahler gewesen. Da muss man doch normalerweise sagen: Das kann doch nicht angehen. Der Weltmarktpreis hätte ja bei 40 € bleiben können, dann hätten die genau mit den Plafonds auskommen müssen. Der Weltmarktpreis hätte sich auf der anderen Seite verdoppeln können, und wir würden immer noch hier mit dem Haushalt ausbluten, und daran ändert sich nichts, denn jeder Euro, der mehr hereinkommt, wird dort verbraucht. – Nach all den Ankündigungen, die gerade die FDP-Kollegen gemacht haben, hätten Sie an der Stelle meines Erachtens stärker hereingehen müssen.

(Christian Weisbrich [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Ich lasse die Frage sofort zu, ich will nur den Satz zu Ende führen. Herr Weisbrich, mir ist auch klar, dass die 226 Millionen € das sind, was ich ausrechnen kann, wenn ich den normalen Preis von 40 € pro Tonne und den Preis bezogen auf die wirkliche jährliche Fördermenge ausrechne. Sie haben sich mit 40 Millionen € Gestaltungsspielraum abgequält. Ich wäre ja froh, wenn Sie an der Stelle sagen würden: Das Gesamte wird es nicht, aber wir haben die Hälfte oder wir haben ein Drittel herausgeholt. Dass aber völlig unabhängig vom Weltmarktpreis die Beihilfen weg sind und das Unternehmen dann, wenn es 200 oder 300 Millionen € mehr bekommt, entscheiden kann, das in neue Anlagen oder etwas anderes zu investieren, das kann eigentlich nicht sein!

(Beifall von den GRÜNEN)

Jetzt wollte Herr Weisbrich etwas fragen.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Weisbrich fühlt sich zu einer Zwischenfrage ange-regt, und Sie haben sie gerade zugelassen. Bitte schön.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Kollege Priggen, wissen Sie, wie hoch das Abrechnungsergebnis 2004 für unser Land war? Das liegt ja vor.

Zweiter Teil der Frage: Wir alle kennen das komplizierte Abrechnungsverfahren. Ich habe vorhin den Bundesrechnungshof zitiert, der gesagt hat, dass bisher noch immer die Abrechnungsüberschreitung mindestens ein Jahr betragen habe. Das heißt also, dass die Abrechnung für 2005 frühestens Mitte 2007 vorliegt. Haben Sie Anzeichen dafür, dass wir dennoch die Abrechnung im Jahre

2006 so hinbekommen, dass die von Ihnen – in Anführungszeichen – „veranschlagten“ Haushaltsmittel auch eingehen können? Wenn ja, dann machen Sie mich bitte schlau.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Kollege Weisbrich, ich kenne den Bundesrechnungshofbericht, den Sie eben zitiert haben. Die Zitate sind nach allem, was ich im Kopf habe, absolut zutreffend. Das ist die Lebenserfahrung, die der Bundesrechnungshof da dokumentiert. Ich wusste noch gar nicht, dass die Abrechnung 2004 schon vorliegt, denn die sind ja normalerweise so ausgiebig im Verzug, dass man sehr lange wartet.

Aber Sie haben ja selber vorhin zitiert: Jedes Mal, wenn der Weltmarktpreis steigt, steigen auch die Produktionskosten. – Das ist doch ein unglaublicher Vorgang. Ich sage Ihnen – die Präsidentin des Landesrechnungshofs sitzt ja sonst immer als Gast hier –: Das kann eigentlich nicht sein. Wir zahlen viele Subventionen in anderen Bereichen, die auch sinnvoll sind, um Prozesse anzustoßen oder um Dinge möglich zu machen, die sonst nicht gingen. Hier haben wir den Subventionsnehmer, der den größten Einzelposten bekommt. Und in dem Moment, in dem wir eigentlich eine für alle Beteiligten glückliche Situation haben, dass wir nämlich von steigenden Weltmarktpreisen profitieren müssten, geht das Unternehmen hin und fährt aus Gründen, die völlig intransparent sind, die Produktionskosten herunter.

Ich weiß noch, warum wir uns in der alten Koalition nicht einig werden konnten. Das haben wir auch ausgetragen. Sie sind jetzt mit einer anderen Crew dran; Sie haben einen Partner, der das Paneel bei der Kohle immer ganz hoch gehalten hat. An der Stelle hätte ich erwartet, dass Sie nicht noch einmal Zuwendungsbescheide auf Jahre hinaus herausgeben, sondern an dieser Stelle tatsächlich auch einmal Geld zurückholen. Das haben Sie nicht gemacht, obwohl wir uns in der Grundbeurteilung einig sind.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Weisbrich [CDU]: Die andere Regierung hat die Verträge herausgegeben! Meine andere Frage war: Wie kommt das Geld 2006 in unsere Kassen?)

– Die Frage, wie das Geld 2006 in unsere Kassen kommt, ist eine schwierige, weil mir das Raubrittertum an der Stelle über die Traditionen auch durchaus bekannt ist. Trotzdem ist die Forderung richtig. Sie geben es ja selbst zu: Es kann nicht sein, dass die Produktionskosten ansteigen. Wir hätten – ich sage es noch einmal – eine Verdop-

pelung im Weltmarkt haben können und trotzdem kein Geld bekommen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das hätte man doch versuchen können!)

– Sie hätten das versuchen sollen! Gerade die FDP-Kollegen hätten das versuchen müssen. Ich wünsche Ihnen auch alles Gute in der weiteren Umsetzung. Aber es ist nicht zu akzeptieren. Wir würden bei keinem – ich sage es noch einmal pointiert – Landwirt, der 20.000 € Zuschuss bekommt, ein solches Vorgehen akzeptieren – bei niemandem. Da geht es um Hunderte von Millionen Euro. Ich bin auch ein Stück weit enttäuscht, dass auch die Kollegen von der FDP in der Regierung und die Kabinettsmitglieder insgesamt das gleiche Spiel wieder mitmachen. – Jetzt muss ich, glaube ich, aufhören.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nein, Ihre Redezeit ist noch nicht erschöpft, Herr Priggen. Wir haben ja die Zeit während der Beantwortung der Frage gestoppt, auch wenn die Beantwortung etwas umfangreich ausgefallen ist.

Reiner Priggen (GRÜNE): Bei der Kohle geht das Herz immer ein bisschen über. – Herr Präsident, ganz herzlichen Dank.

Ich würde gerne auch ein paar kritische Worte nach der ersten Jahresbilanz zu anderen Themenpunkten an die neue Landesregierung richten, weil ich der Meinung bin, dass auch da eine Reihe von Ankündigungen gemacht worden ist, dass aber konkretes Handeln in Bereichen, in denen wir einen Konsens über alle Fraktionen hinweg haben müssten, real nicht erfolgt. Das ist nach ein paar Monaten in Ordnung – man ist noch neu –, aber wenn das ein Jahr her ist, dann ist das aus meiner Sicht nicht zu akzeptieren.

Ich rede als Erstes über das Programm Gebäudesanierung des Bundes. 1,4 Milliarden € pro Jahr, gerade gut einsetzbar bei den galoppierenden Ölpreisen zur Sanierung von alten Wohnungsbeständen, vor allen Dingen auch im Ruhrgebiet, wo Menschen in Wohnungsbeständen leben, die sehr schlecht isoliert sind, wo die Ölkosten beziehungsweise die Warmkosten demnächst genauso hoch oder höher sein werden wie die Kaltmiete. Ich würde erwarten – das ist kein Dissens –, dass Sie ein ambitioniertes Ergänzungsprogramm auflegen und Aktivitäten entfalten, um diese 1,4 Milliarden € in Teilen in NRW umzulenken. Die Bayern machen das. Die Bayern packen das Problem an und verbessern das Programm des

Bundes. Jetzt können Sie zu mir sagen: Wir haben das Geld nicht; die Haushaltssituation ist schwierig. – Das akzeptiere ich auch.

Dann würde ich aber trotzdem wahrnehmbare Aktivitäten der Landesregierung erwarten, um das, was Handwerk und Bauwirtschaft wirklich dringend brauchten, tatsächlich in Aufträge in NRW zu lenken. Ich sehe aber nichts. Ich erlebe – das verstehe ich überhaupt nicht; das hätte Michael Vesper als Bauminister sich niemals erlaubt –, dass der Bauminister sich aus der Verantwortung für die Gebäudesanierung völlig heraushält. Für uns ist das parlamentarisch nicht unangenehm, weil die gesamte Energiefrage dann in den Händen der Frau Ministerin liegt. Aber dass ein Bauminister, der eine Verantwortung hat und im Prinzip auch mit der LEG über Wohnungsbaubestände in Höhe von 100.000 Einheiten verfügt, an der Stelle sagt: „Das ist nicht meine Baustelle; das interessiert mich nicht“, ist aus meiner Sicht bei der Landesregierung kritikwürdig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweiter Punkt. Wir haben gehört, dass Ministerpräsident Rüttgers und auch Ministerpräsident Koch aus Hessen Anfang der Woche einen nationalen Biomasseplan angekündigt haben. Den würden sie unterstützen, weil bis zu 15 % des bundesweiten Primärenergiebedarfs aus der Land- und Forstwirtschaft deckbar seien. Das ist meiner Meinung nach auch ein Thema, über das wir in weiten Teilen überhaupt keine Dissense haben. Aber warum ein nationaler Plan? Warum nicht nach einem Jahr einmal eine ambitionierte, eine realistische Zielsetzung für NRW?

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie haben einen Landwirtschaftsminister. Sie haben eine Reihe von Kollegen aus dem Landwirtschaftsbereich in Ihrer Fraktion, die ein großes Interesse daran haben müssten. Bei den Ölpreisen müsste es auch das Potenzial geben. Aber da kommt nichts. Es wäre ja gut, wenn etwas käme, an dem man sich reiben, mit dem man sich auseinander setzen kann, wo wir dann sagen können, dass die 15 %, die der Ministerpräsident vorgibt, auch in NRW ihren Beitrag liefern müssten. Dabei immer eingerechnet: Wie viele Flächen haben wir, wie viele haben die anderen? Da kommt aber gar nichts, nichts Konkretes, nichts als Perspektive.

Stattdessen gibt es im AFP, im Agrarinvestitionsförderprogramm, eine negative Veränderung. Die Biogastechnologie wird, was Gemeinschaftsanlagen angeht, gestrichen. Lieber wird mehr in konventionelle Tierhaltung und andere Sachen investiert. Dieser Bereich, der Zusatzeinkommen auf

lange Sicht sicher für Bauern generieren kann, wird gegenüber vorher negativ ausgelegt.

Zweitens. Im Bereich der Holzabsatzförderrichtlinie gab es bei der früheren Ministerin Frau Höhn immer die exzellente Praxis, in jährlichen Sitzungen mit der Industrie unter Einladung aller Parlamentarier das Förderprogramm zu überprüfen und Vorschläge aus den Reihen der Betroffenen entgegenzunehmen und zu sagen: Was können wir kürzen, was können wir ändern. Ich habe nur Runden erlebt, bei denen Kürzungsvorschläge kamen, sodass man mit den Mitteln, die man hatte, mehr Anlagen fördern oder Einsparungen auffangen konnte. Das gibt es unter der neuen Regierung nicht mehr. Es gibt keinen angekündigten Workshop zu HaFö mehr, es gibt ihn auch nicht mehr zum REN-Programm.

(Zuruf von der CDU)

– Sie sollten es zumindest einmal sagen, dass Sie das machen. Man müsste doch irgendwann einmal verstehen, was Sie wollen. Es wäre nur fair, das gegenüber dem Parlament, auch gegenüber denen, die nicht zur Mehrheit gehören, auch gegenüber der Wirtschaft einmal zu dokumentieren, damit man weiß, was das Land will. Da ist aber nichts. Im HaFö-Programm gibt es, ehrlich gesagt, nur Chaos.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da wird eine alte Förderung, die sehr positiv war, über die es niemals Dissens mit den CDU-Kollegen gab, die unter Beihilfe der Forstleute optimiert worden ist, in einem Hüh und Hott geändert – wieder ohne Beteiligung in einem Workshop –, und 14 Tage später, wenn dann Leute einen Antrag auf Förderung nach der verkündeten HaFö-Richtlinie aus dem Umweltministerium stellen, wird ihnen gesagt, dass das Programm nicht fortgesetzt wird. Das ist ein Chaos. Dann könnte man besser sagen, dass es keine Förderung gibt – dann wüssten alle, woran sie sind –, als dass man ihnen sagt: „Ihr bekommt eine Förderung“, und zwei Wochen später werden Anträge mit der Ansage zurückgeschickt, dass es überhaupt keine Förderung mehr gibt. Das ist ein Chaos, das Sie selbst organisieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte: Wir haben über den Emissionshandel geredet. Es geht um eine ganz konkrete Ausgestaltung. Herr Kollege Brockes, ich möchte auch noch einmal die FDP ansprechen, weil Sie sich immer vordergründig sehr stark für den Markt einsetzen.

Bei der konkreten Ausgestaltung des Emissionshandels sind unsere Rückmeldungen, dass der

Staatssekretär Adamowitsch, den ich in unseliger Erinnerung habe, was diese Fragen angeht, in Berlin wieder dabei ist, Gas als Primärenergieträger im Strombereich zu benachteiligen: die Zuteilung von 3.000 Betriebsstunden im Emissionshandel für Gaskraftwerke und 7.000 Stunden für Kohle, und dann die Vorschrift für die Kraftwerksbetreiber, sie dürften ihre Anlagen nur über eine ganz bestimmte Zeit laufen lassen, wenn sie die Emissionsrechte nicht teuer dazukaufen wollten. Das ist nicht vernünftig. Wir haben die Norweger gewonnen, in Nordrhein-Westfalen zwei neue Kraftwerke zu bauen. Die haben investiert. Und jetzt bekommen sie nur 3.000 Betriebsstunden zugeteilt, anstatt dass sie selbst entscheiden können, wie sie ihr Gas einsetzen wollen. Das Gleiche gilt für die Stadtwerke, wo Frau Ministerin bei Trianel in Hamm bei der Einweihung anwesend war und es begrüßt hat.

Da würde ich gerade von der FDP erwarten, aber auch von der Landesregierung insgesamt, dass Sie sich dafür einsetzen, dass diese Wettbewerbsverzerrung genau an der Stelle nicht passiert und nicht ihre Linie wieder durch die Hintertür einen Durchmarsch macht, dass man Gas als Primärenergieträger da herausdrückt. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat für die FDP-Fraktion Herr Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einzelplan 08 des Landeshaushalts, über den wir heute hier beraten, stellt für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie eine schwere Hypothek der alten rot-grünen Landesregierung dar.

Dies findet seinen Ausdruck in den unumstößlichen Zuwendungsbescheiden der Jahre 2005 bis 2008, die in den Jahren 2006 bis 2009 haushaltswirksam werden. Die hierin fixierten Anteile Nordrhein-Westfalens an der Steinkohlenbeihilfe schränken die Handlungsfähigkeit der Wirtschafts- und Energieministerin in unerträglich starkem Maße ein.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Herr Kollege Leuchtenberg – es wäre schön, wenn Sie zuhören würden –, Sie haben es eben so dargestellt, als würde sich die Energiepolitik im Haushalt nicht wieder finden, und Sie haben dabei schön elegant, wie es sozialdemokratische Art ist, die Steinkohle außen vor gelassen. Das ist ein Ansatz, den man wirklich nicht anwenden kann.

Ich habe gerade schon einmal deutlich gemacht, wie dieser Haushalt aussieht und welche Finanzmengen durch diese eine Position gebunden sind.

Herr Kollege Priggen, Sie betonen immer den 97er-Kompromiss. Es ist ja richtig, dass wir im Bund dabei durch den Bundeswirtschaftsminister eingebunden waren und diesen Kompromiss mit ausgehandelt haben. Wir reden heute aber hier über den Landeshaushalt und die Mittel, die aus diesem Landeshaushalt für diesen Bereich bereits gebunden sind. Das ist von der alten rot-grünen Landesregierung zu verantworten. Die haben Sie mitgetragen. Deshalb können Sie die Verantwortung nicht auf den damaligen Bundeswirtschaftsminister abwälzen.

(Beifall von der FDP)

Die dringend erforderliche Neuausrichtung der Energiepolitik ist von der neuen Landesregierung nach dem Regierungswechsel im vergangenen Mai beherzt angegangen worden. Die politischen Ziele finden sich aufgrund der zuvor erwähnten rot-grünen Hinterlassenschaften noch nicht im Haushalt wieder.

Die neue Landesregierung wird gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen dafür Sorge tragen, dass das Geld der Steuerzahler nicht weiter in den hoffnungslos defizitären Steinkohlenbergbau versenkt, sondern in Zukunftsprojekte investiert wird.

Meine Damen und Herren, bereits wenige Wochen nach der Regierungsübernahme haben wir damit begonnen, den Koalitionsvertrag umzusetzen.

Gerade als Niederrheiner hat mich der folgende Punkt sehr gefreut: Was bis dato kaum jemand für möglich gehalten hatte, haben wir mit der sogenannten Walsumer Verständigung erreicht. Das Bergwerk Walsum wird früher als ursprünglich geplant, spätestens zum 30. Juni 2008, geschlossen. Gleichzeitig haben wir sichergestellt, dass der Kohleabbau unter dem Rhein einschließlich der damit verbundenen Risiken für die Bürgerinnen und Bürger endgültig und unverzüglich beendet wird.

Herr Kollege Priggen, dieses Ergebnis, das wir nach wenigen Wochen erzielt haben, ist mehr als das, was Sie in zehn Jahren Regierungsbeteiligung für die Bürgerinnen und Bürger in der Region erreicht haben.

Weiterhin haben wir mit der DSK vereinbart, die Abbaufelder so anzupassen, dass zukünftig keine Deicherhöhungen erforderlich sind. Wir haben – dies möchte ich an dieser Stelle besonders beto-

nen – diesen Erfolg erreicht, ohne den Haushalt auch nur mit einem einzigen Euro zu belasten.

Als Nächstes haben wir – hier haben wir es mit einem nicht nur für Nordrhein-Westfalen wahrlich historischen Projekt zu tun – damit begonnen, die Beendigung des subventionierten deutschen Steinkohlenbergbaus einzuleiten. Im Koalitionsvertrag haben CDU und FDP vereinbart, diesen Ausstieg sozialverträglich zu gestalten. Deshalb haben wir zur Vermeidung sozialer Härten das Anpassungsgeld trotz der angespannten Finanzlage des Landes um 113,4 Millionen € erhöht. Hierdurch leisten wir einen wesentlichen Beitrag dazu, beim notwendigen Abbau der Beschäftigung bei der DSK die Sozialverträglichkeit zu wahren.

Herr Kollege Leuchtenberg, Sie haben eben davon gesprochen, wir sollten nicht nur Lippenbekenntnisse ablegen. Dieses Beispiel zeigt eben, dass wir nicht nur Lippenbekenntnisse machen, sondern im Gegenteil verantwortungsbewusst handeln.

(Beifall von der FDP)

Die Landesregierung ist hiermit in erheblichem Maße in Vorleistung getreten. Jetzt sind RAG und IGBCE gefordert, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden und diesen unumkehrbaren Anpassungsprozess konstruktiv zu begleiten. Die RAG muss langsam begreifen, dass es für den Abbau von Steinkohle in Nordrhein-Westfalen keinen politischen Auftrag mehr gibt.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal an den gemeinsamen Antrag von CDU, FDP und Grünen vom 13. März erinnern. Dieser stellt eine Zäsur in der Geschichte Nordrhein-Westfalens dar. Die alte Kohlelobby existiert nicht mehr.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Jetzt haben sich drei von vier Landtagsfraktionen für einen Ausstieg Nordrhein-Westfalens aus dem subventionierten deutschen Steinkohlenbergbau ausgesprochen. Ob und inwieweit deutsche Steinkohle ohne staatliche Transferzahlung in Zukunft gefördert wird, das ist in der Hauptsache eine Entscheidung der Eigentümer. Der Verweigerungshaltung des DSK-Vorsitzenden Tönjes und unserer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass die Bundesregierung nun ein Gutachten in Auftrag gibt, um die Altlasten des Bergbaus zu ermitteln.

(Beifall von der FDP)

Ein weiteres Gutachten – hiermit bin ich beim nächsten Punkt unseres Koalitionsvertrages – wird sich mit den Börsenplänen der RAG und der

damit verbundenen Auflösung des Haftungsverbandes befassen. Meine Damen und Herren, die Zustimmung Nordrhein-Westfalens zum RAG-Börsengang ist nur denkbar, wenn zusätzliche Kostenrisiken eines fortdauernden Steinkohlenbergbaus für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ausgeschlossen werden.

Zur Neuausrichtung der Energiepolitik gehört allerdings auch ein klares Bekenntnis zu den Bereichen rationelle Energieverwendung und erneuerbare Energien. Wir setzen das REN-Programm fort, werden allerdings bei den Fördermaßnahmen neue Schwerpunkte setzen.

Primäres Ziel bei den erneuerbaren Energien muss es sein, nicht mit der Gießkanne durch Nordrhein-Westfalen zu laufen, sondern ganz gezielt dort aktiv zu werden, wo auf absehbare Zeit die Schwelle der Wirtschaftlichkeit erreicht werden kann.

Der FDP-Fraktion ist es ein besonderes Anliegen, gerade die vielschichtige Forschungslandschaft im Energiebereich in Nordrhein-Westfalen nachhaltig zu stärken und das vorhandene Know-how im Land zu halten. Wir setzen hierbei auf einen breiten Entwicklungs- und Forschungsansatz, der von der Erforschung und Anwendung der Wasserstofftechnologie über die Kernenergiesicherheitsforschung bis zur Entwicklung neuer Reaktorlinien reicht. Eine Ausgrenzung einzelner Entwicklungs- und Forschungsgebiete aus ideologischen Gründen ist mit der FDP-Landtagsfraktion nicht machbar.

(Beifall von der FDP)

Zum Schluss, Herr Kollege Priggen, möchte ich auf Ihren Änderungsantrag zur Rückzahlung von Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle durch die gestiegenen Weltmarktpreise eingehen. – Sie dürfen fest davon ausgehen, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, die sich in aller Deutlichkeit für das Auslaufen des subventionierten deutschen Steinkohlenbergbaus ausgesprochen haben, jeden zuviel an die DSK gezahlten Euro gerne wieder in den Landeshaushalt einstellen werden.

Allerdings wird Finanzminister Linssen gemäß den Grundsätzen eines ehrbaren Kaufmanns nicht, wie dies bei Rot-Grün in der Vergangenheit üblich war, der Versuchung erliegen, mit Geldern zu planen, die wir noch nicht haben und über deren Höhe wir derzeit noch keine seriöse Aussage treffen können. Sie selbst haben vorhin gesagt, es werde schwierig sein, das Geld wieder in die Kasse zu holen. Seien Sie aber sicher, dass wir alles daran setzen werden, dass dies der Fall sein wird.

Aber – hier erinnere ich Sie, Herr Kollege Priggen, an Ihre eigene Regierungszeit – die in Ihrer Regierungszeit eingeführte Sprechklausel hat dazu geführt, dass wir momentan noch gar nicht wissen, ob überhaupt mit etwas und, wenn ja, mit welchem Betrag zu rechnen ist. Meine Damen und Herren, sollten wir eine Rückerstattung von der DSK erhalten, so werden wir dieses Geld nicht, wie Sie es wünschen, gleich wieder verfrühstücken, sondern die Mittel zur Konsolidierung des Landeshaushaltes verwenden. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Brockes. – Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Thoben.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Menge an Kritikpunkten, die Herr Leuchtenberg am Energiehaushalt angebracht hat, habe ich mich immer gefragt, wo die Änderungsanträge sind, mit denen Vorschläge unterbreitet werden, wie man es besser machen will. Kein einziger Satz dazu. Was heißt das eigentlich? – Das heißt, Sie trauen sich, hier herumzureden, immer an den Zahlen vorbei, um irgendetwas in die Welt zu setzen, wagen es aber nicht, auch nur einen einzigen Änderungsantrag vorzulegen. Packen Sie die Argumente ein!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So einfach kann man es sich nicht machen!)

– Sie machen es sich doch einfach. Sie halten hier Reden, beklagen den Haushalt und legen nicht einen einzigen Änderungsantrag vor.

An dem, was die Grünen kritisieren, dass wir schon früher eine Rückzahlung hätten erreichen müssen, kann man sich wenigstens, wie Herr Priggen das netterweise gesagt hat, ein Stück weit reiben. Wir sagen, wir wollen möglichst viel zurück haben, aber das ist noch nicht etatreif, weshalb es nicht im Etat steht.

Wir hätten deutlich mehr Luft – darüber redet die SPD ungern –, wenn wir weniger für die deutsche Steinkohle aufwenden müssten. Das ist so. Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung etwas vorgenommen. Das ist schwierig, aber vernünftig.

Herr Leuchtenberg hat gemeint, wir müssen uns um heimische Energieträger kümmern. – Wohl wahr!

Warum hat die SPD nicht die Kraft, zwischen Braun- und Steinkohle zu unterscheiden? – Die

Braunkohle ist nach allgemeiner Übereinkunft nicht nur heimischer Energieträger, sondern auch eine echte Reserve. Herr Römer weiß, dass man national und international zwischen Reserven und Ressourcen sehr wohl unterscheidet. Reserven sind Vorkommen, die unter wirtschaftlichen Bedingungen förderbar sind. Ressourcen sind Dinge, die im Boden sind. Überlegen Sie sich bitte einmal, ob Sie die Kraft haben, zu behaupten, die deutsche Steinkohle sei eine Reserve. Egal wie Sie sich anstrengen, den deutschen Steinkohlenbergbau noch produktiver zu machen: Die Kosten sind dreimal so hoch wie der Preis einer importierten Tonne. Das ist eine Ressource, aber nach allgemeiner Übereinkunft keine Reserve. Deshalb müssen wir über so schwierige zu beantwortende Fragen reden.

Auch uns, Herr Leuchtenberg, liegt an einer gedeihlichen Zukunft der Unternehmen, die derzeit unter dem Dach RAG sitzen. – Sehr richtig.

Aber wir sind noch nicht ganz sicher, ob wir bereits alle Fragen ausreichend beantworten können, die wir diesem Landtag gegenüber auch beantworten müssen, um nicht vor einem Untersuchungsausschuss zu landen. Die Einrichtung eines solchen Ausschusses würde ich Ihnen auch gar nicht übel nehmen, wenn wir einfach sagen würden: Wir kümmern uns nicht um Haftungsrisiken und Möglichkeiten, die Risiken zu begrenzen, sondern winken das, was die RAG aufschreibt, durch. – So darf man gar nicht handeln. Ich würde mich wundern, wenn wir das im Landtag tatsächlich tun könnten, ohne einen Untersuchungsausschuss zu bekommen.

Deshalb nur ein kleiner Hinweis, denn wir können heute nicht die gesamte Energiedebatte führen: Wenn Sie – Herr Römer, Sie sind doch auch schon einige Zeit dabei – alles zusammenzählen, was an öffentlichen Mitteln in den deutschen Steinkohlenbergbau geflossen ist, dann kommen Sie auf stolze 128 Milliarden €.

(Zuruf von der SPD: Gut angelegtes Geld!)

Es stellt sich nun die Frage, ob uns nicht eigentlich sogar der ganze Bereich – zumindest wirtschaftlich gesehen – gehört. Die Frage müssen Sie doch zulassen. Die haben doch nicht aus eigenen Gewinnen andere Töchter und Söhne aufgekauft und aufgebaut, sondern aus Subventionen. Oder ist das anders? – Deshalb führen wir schwierige Gespräche darüber, auf was ich als Ministerin, als diejenige, die das unterschreiben soll, eigentlich ohne irgendeine Sicherheit verzichten darf.

Interessant ist übrigens auch, dass Herr Müller im Zusammenhang mit der Entscheidung von Thyssen-Krupp, ausländische Erzminen zu verkaufen, davon spricht, dass sie wenig Weitsicht bewiesen hätten. Hat er sich eigentlich einmal die eigene Geschichte der Ruhrkohle vor dem Hintergrund vor Augen geführt?

(Beifall von der FDP)

Die Australier lachen sich schlapp, wenn man mit denen darüber redet, dass ...

(Hannelore Kraft [SPD]: Reden wir eigentlich über den Einzelplan, oder nicht?)

– Frau Kraft, das müssen Sie Ihren Redner fragen; Sie waren vorhin nicht da. Er hat über alles geredet, nur nicht über den Einzelplan. Auf das muss ich leider antworten. Das tut mir Leid.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Zur Atompolitik findet sich, wenn ich das richtig sehe, im Etat des Wirtschaftsministers eigentlich nur eine institutionelle Förderung der Kernforschungsanlage Jülich. Dann hätte ich gerne von Ihnen gewusst, ob Sie die Sicherheitsforschung in der Kernanlage Jülich aufgeben wollen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein!)

Sie würden damit die Koalitionsvereinbarung hier im Land und auch in Berlin brechen. Die Debatte läuft derzeit.

(Hannelore Kraft [SPD]: Nein, wollen wir doch gar nicht!)

Wir sollten gemeinsam ein Interesse daran haben, Frau Kraft, und da Sie aus Mülheim kommen, Sie ganz besonders. Tausende von Arbeitsplätzen warten darauf, dass wir die kerntechnische Forschung und Weiterentwicklung kerntechnischer Anlagen hier im Land halten.

(Beifall von CDU und FDP)

Das sind Arbeitsplätze, die ich genauso ernst nehme wie andere. Wir werden sehr schnell in Jülich die konkrete Entscheidung zu treffen haben, ob wir dazu stehen. Ich bin sehr gespannt, ob Sie alle mithelfen.

Natürlich – laut Koalitionsvereinbarung geht die Sicherheitsentwicklung und Forschung weiter – hätte ich auch gerne ohne jede Kürzung das REN-Programm weitergeführt. Ich konnte bei den Verhandlungen erreichen, dass die Kürzungen dort nicht so stark ausgefallen sind wie in den anderen Programmen. Das bedeutet: Wir müssen die Mittel noch stärker auf Dinge konzentrieren,

von denen wir ganz sicher sind, dass sie uns bei der Zukunftsentwicklung helfen.

Wir versuchen, das bei der Nutzung erneuerbarer Energien dadurch zu machen, dass wir auf allen Feldern zum Beispiel Kompetenznetzwerke nicht nur eingerichtet haben, sondern auch weiter betreiben werden. Wir möchten kein Wissen verpassen, das hier im Land vorhanden ist und uns in der Anwendung Vorteile verschaffen könnte. Die Kompetenznetzwerke Kraftwerke, Kraftstoffe, Brennstoffzelle, Wasserstofftechnologie werden wir weiterführen. Sie sind übrigens vorbildlich für Deutschland und im internationalen Vergleich.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sehr schön! Die sind zum Teil von uns eingerichtet worden!)

– Ja, ist doch in Ordnung. Ich sage doch nur: Wir führen sie weiter. Warum sollen wir etwas aufgeben, was vernünftig ist? Solch eine Debatte müssen Sie hier nicht führen. Wir sprechen darüber, ob wir etwas verändern, was wir nicht für richtig halten.

Deshalb komme ich zu dem Teil, den Herr Priggen vorgetragen hat: Herr Priggen, Ihnen fehlen – zumindest nachvollziehbare – ambitionierte Zielsetzungen zum Beispiel bei der Biomasse. Ich verspreche Ihnen auch hier – ich weiß, Sie werden mich zeitnah daran erinnern –: Wir arbeiten daran abzuschätzen, was in einem dicht besiedelten Land wie Nordrhein-Westfalen auf diesem Feld erreichbar ist. Wir sind nicht in Schweden.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das bedauern wir häufiger!)

Das heißt, wir werden das in Abstimmung mit dem Umweltminister so verabreden, dass wir Ihnen sagen können, was wir uns da zutrauen. Das wird zeitnah passieren.

Beim Emissionshandel haben Sie Recht mit Ihrem Hinweis; das habe ich Ihnen auch schon im Ausschuss gesagt. Wir werden diese Frage sehr genau beobachten und dann auch mit großem Nachdruck nachverhandeln. Wir wollen, dass die geplanten Gaskraftwerke in unserem Land gebaut werden und nicht an solchen Klippen scheitern.

Letzte Anmerkung: Gebäudesanierungsprogramm. Herr Priggen, geschenkt. Ich darf Ihnen einmal die Sachverhalte vortragen: Die Wohnungswirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat im ersten Quartal 2006 so viele Mittel beantragt wie im ganzen Jahr 2005. Das heißt, wir haben nicht eine Situation, in der wir bei katastrophaler Haushaltslage im Land noch etwas drauflegen müssten, um die Konditionen zu verbessern. Das reicht.

Zweiter Hinweis: Nordrhein-Westfalen liegt mit mehr als 30 % der beantragten Kredite einsam an der Spitze. Zweiter ist Baden-Württemberg mit 15 %. Trotzdem werde ich die Werbetrommel rühren. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin Thoben.

Wir kommen damit zu der Debatte über den dritten **Teilbereich** des Einzelplans 08: „**Landesplanung**“.

Ich gebe Herrn Prof. Bollermann von der SPD-Fraktion das Wort.

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich begrüße, dass die Haushaltsberatungen zum Einzelplan 08 im dritten Block eine Debatte zum Teilbereich „Landesplanung“ bieten. Das eröffnet die Chance für mehrere Premieren:

Erstens. Landesplanung steht damit in dieser Wahlperiode nach meinem Kenntnisstand erstmalig auf der Tagesordnung des Plenums.

Zweitens. Die heutige Debatte bietet dem Hohen Haus die Gelegenheit zu erfahren, welches Ressort der Landesregierung überhaupt für die Landesplanung zuständig ist.

Drittens. Im Wirtschaftsausschuss hat Frau Thoben im August vergangenen Jahres die ersten dürren Hinweise zur Landesplanung gegeben. Sie ist mit diesen Überlegungen jetzt sozusagen im zehnten Monat „schwanger“. In der damaligen Sitzung des Ausschusses kündete die Ministerin programmatisch an, die Landes- und Regionalplanung zu novellieren, mehr Planungs- und Entscheidungskompetenz vor Ort, das Landesentwicklungsprogramm und den Landesentwicklungsplan zusammenzufassen und unnötige Bürokratie abzubauen. Vorhin ist von der „kleinen Regierungserklärung“ die Rede gewesen, Frau Ministerin. Das waren Ankündigungen, denen bisher keine Taten gefolgt sind. Mir ist bisher verborgen geblieben, dass sich die für die Landesplanung zuständige Ministerin danach noch einmal im Landtag zu Landesplanung und Raumordnung geäußert hätte.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in der heutigen kurzen Aussprache zur Landesplanung geht es nicht um Finanzen. Das Gesamtvolumen des zugehörigen Kapitels im Einzelplan 08 ist mit ca.

1 Million € vergleichsweise gering. Änderungsanträge zur Landesplanung wurden von keiner Fraktion gestellt. Uns interessiert vielmehr, welche fachlichen Schwerpunkte Frau Thoben setzen wird.

Die Ansprüche an die Landesplanung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind vielfältig. Über die Themen, die dabei miteinander zu verzahnen sind, sind wir uns sicherlich schnell einig. Ich nenne hier nur: Umwelt und Naturschutz, Freiraumschutz und Erholung, integrierte Planung der Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung, Wasserversorgung, Rohstoffsicherung.

Eine sachgerechte und moderne Landesplanung ist gerade für das hoch industrialisierte und dicht besiedelte Land Nordrhein-Westfalen von besonderer Bedeutung. Es sind geeignete Verfahren erforderlich, die die vorhandenen Nutzungskonflikte miteinander zu einem fairen Ausgleich bringen. Wichtige Aufgabe der Landesplanung ist auch, Rechtssicherheit als unabdingbare Planungsvoraussetzung für wichtige Infrastrukturvorhaben zu schaffen; gleichzeitig sind bürokratische Verfahren zu vermeiden.

Noch zum Ende der vergangenen Legislaturperiode haben wir das Landesplanungsgesetz novelliert und mit den regionalen Flächennutzungsplänen ein modernes Element hinzugefügt, das sich derzeit in der Erprobung befindet.

Auf die Kritik und die Vorwürfe der heutigen Regierungsfractionen im damaligen Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung bei den Beratungen zum Gesetzentwurf will ich aus Zeitgründen nicht eingehen. Denn sie erscheinen heute, Herr Kollege Ellerbrock, als Zerrbild, wenn ich das Nichtstun der heutigen Regierung betrachte.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

CDU und FDP hatten bereits vor der Wahl vollmundig angekündigt, das Landesplanungsgesetz, das Landeswassergesetz und das Landschaftsgesetz sehr zeitnah novellieren zu wollen. Ich stelle fest: Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen arbeiten in allen drei Bereichen nach dem gleichen Verfahren: Die derzeit geltenden Gesetze werden pauschal verunglimpft; es werden Änderungen angekündigt, und Taten folgen keine.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meiner Kenntnis nach hat die für die Landesplanung zuständige Ministerin dieses Thema nicht ein einziges Mal konstruktiv vorangetrieben. Lediglich im Windschatten von Minister Wittke wurden zwei Detailaspekte angesprochen, die die Ar-

beitsweise der neuen Landesregierung charakterisieren:

Erster Aspekt: Zur Novelle des Windenergieerlasses hat Minister Wittke das Ziel der Landesregierung im vergangenen Jahr klar definiert. Hier geht es der Regierung darum, eine unliebsame Technologie kaputtzumachen – so Wittke – und mit bürokratischen Hürden systematisch zu behindern.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Dr. Bollermann, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD): Nein, im Moment nicht. Ich habe nur wenig Zeit; bin fast am Ende meiner Ausführungen und möchte den Gedanken weiterverfolgen.

Zweiter Aspekt: Beim Einzelhandelserlass sind die Ziele allerdings erkannt. Die SPD stimmt mit Ihnen überein, dass wir den Schutz des Einzelhandels in den Innenstädten verbessern müssen. Aber leider blieb es auch hier bei Ankündigungen wie beispielsweise am 13. Februar 2006, und ich hoffe, dass nach den Sprüchen von Herrn Minister Wittke, mit „Wildwest und Wildwuchs“ sei Schluss, in der zweiten Jahreshälfte Taten folgen werden.

Mit Shakespeare kann ich zurzeit nur feststellen: Vom Nichtstun kommt nichts. Ich bin daher gespannt auf den Beitrag von Ministerin Thoben und hoffe, dass wir uns danach ein besseres Bild von den Vorstellungen der Landesregierung machen können und im zuständigen Ausschuss endlich die erforderlichen Sachdebatten zur Landesplanung beginnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Prof. Bollermann. – Als Nächster spricht für die CDU-Fraktion Kollege Schulte.

Hubert Schulte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die finanzielle und haushaltsmäßige Bedeutung der Landesplanung ist im Vergleich zum gesamten Landeshaushalt nur sehr gering, wie es auch Herr Bollermann gerade ausführte. Die Auswirkungen der Landesplanung für die Entwicklung unseres Landes sind jedoch von besonderer Bedeutung.

In einem so dicht besiedelten Land wie dem unseren sind die unterschiedlichen Interessen bei der Landesplanung zu berücksichtigen. Ziel ist es, ein attraktives Lebensumfeld für die Bevölkerung zu schaffen: mit angemessenem Raum für Arbeit, Wohnen und Freizeitgestaltung. Aber auch Ener-

gie- und Wasserversorgung, Verkehrsinfrastruktur, Naturschutz und Rohstoffsicherung sind von großer Bedeutung.

Zwischen diesen höchst unterschiedlichen Zielen, die sich häufig widersprechen, gilt es, einen ordentlichen Ausgleich zu schaffen. Das ist im letzten Jahr kurz vor der Wahl mit dem verabschiedeten Landesplanungsgesetz versucht worden. Nach unserer Auffassung erfüllt dieses Gesetz in weiten Bereichen nicht die Anforderungen eines vernünftigen Interessenausgleichs.

Die Kolleginnen und Kollegen aus der vorherigen Wahlperiode erinnern sich, dass es eine Vielzahl von Eingaben und Anregungen gab, die von der damaligen rot-grünen Mehrheit nicht berücksichtigt wurden. Man wollte das Gesetz unbedingt noch vor der Wahl durchbringen. Das geschah in großer Hektik. Wir können Ihnen bereits heute zusagen, dass die Novellierung des Gesetzes von uns nicht mit heißer Nadel gestrickt wird, wie es damals geschehen ist.

(Beifall von der FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wann denn, in der nächsten Legislaturperiode durch Nichtstun?)

– Wir arbeiten vernünftig und solide und nicht so wie Sie vorher.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir haben solide gearbeitet, Herr Schulte!)

Bei der Landesplanung besteht also Handlungsbedarf. Dieser Handlungsbedarf ist von Ihnen, Herr Bollermann, gerade eindeutig dargelegt worden – und das nach 39 Jahren Regierung, die Sie zu verantworten haben.

Um den großen Handlungsbedarf sichtbar zu machen, nenne ich einige Beispiele, bei denen dies besonders deutlich wird.

Wir haben landesweit einige Bereiche für großflächige Unternehmensansiedlungen vorgesehen. Die Praxis hat gezeigt, dass die dafür vorgesehenen Flächen diesem Zweck nicht ohne weiteres dienen können; so sind sie nicht nutzbar. In der letzten Ausschusssitzung wurde das Gebiet in Hamm sinnvollerweise für andere Nutzungen freigegeben. Die Gemeinde kann nun selbst darüber verfügen und eine Überplanung vornehmen. Eine generelle Überprüfung dieser Flächen würde zeigen, ob die Flächen tatsächlich den heutigen Anforderungen für Neuansiedlungen von Unternehmen entsprechen oder aber die Entwicklung vor Ort behindern.

Ein weiterer Bereich ist die Rohstoffsicherung. Wir haben in Nordrhein-Westfalen nicht nur Stein- und

Braunkohle, auf die immer besonders geblickt wird, sondern auch der Rohstoff Steine und Erden hat eine große wirtschaftliche Bedeutung. Beispielsweise wird in meinem Heimatort Kalkstein in großem Umfang gewonnen, vor Ort zu Kalk weiterverarbeitet, gebrannt und an die Stahlindustrie und andere Industriezweige verkauft.

Wer sich diese großtechnischen Anlagen und die Investitionen für die Gewinnung und anschließende Weiterverarbeitung, die dort aufgebracht werden müssen, einmal ansieht, hat Verständnis dafür, dass der zeitliche Planungshorizont für diese Unternehmen erweitert werden muss und nicht so eng wie im jetzigen Gesetz gefasst werden darf. Planungen für Anlagen dieser Größe nehmen nun einmal Zeit in Anspruch. Danach ist der Zeitraum für die erforderlichen Genehmigungen zu betrachten, und schließlich kommt noch der Zeitraum für den Bau dieser Anlagen hinzu.

Daher erscheint es uns sinnvoll, den Firmen bei der Sicherung der Rohstoffe entgegenzukommen und ihnen über die jetzt vorgegebene Zeit hinaus wieder langfristige Planungssicherheit zu geben.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wann wollen Sie es machen?)

– Wir wollen das in Ruhe abarbeiten und nicht mit so heißer Nadel stricken wie Sie, damit kein Nachjustierungsbedarf besteht.

Dort, wo kurzfristig gehandelt werden musste, ist dies bereits geschehen. Die Eckpunkte für die Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsunternehmen wurden veröffentlicht. Das Ziel, die Innenstädte zu stärken, wird damit deutlich gemacht und dürfte hier auch nicht gegenteilig behandelt werden.

Meine Damen und Herren, wir werden entsprechend unserem Koalitionsvertrag bei allen Änderungen und Vorgaben die EU-Richtlinien 1:1 umsetzen. Das ständige Draufsatteln, wie es bisher geschehen ist, wird es mit uns nicht geben.

Wir werden ohne Hast den Koalitionsvertrag abarbeiten. Wir werden nicht alles im ersten Jahr erledigen können. Wir haben auch etwas mehr Zeit dafür. Für uns gilt bei der Umsetzung der Vorgaben: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schulte. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Schulte, das ist ein guter Anknüpfungspunkt: Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Dann kann die Not mit dem alten Landesplanungsgesetz ja nicht so groß gewesen sein.

(Beifall von der SPD)

Vorher haben Sie immer gesagt: „mit heißer Nadel“ und „unter dem Druck“. – So schlimm kann es also nicht sein. Das ist auch in Ordnung. Dann sollten Sie jedoch nicht immer durch die Gegend ziehen und etwas ankündigen – nicht Sie persönlich; an dieser Stelle ist das Kritik an der Regierung –, aber die konkreten Umsetzungsschritte, die inhaltliche Arbeit fehlen.

Ich habe heute Morgen Herrn Minister Wittke zugehört, der wieder den Einzelhandelserlass angekündigt hat. Das ist eine Materie, wo wir sogar relativ viele Gemeinsamkeiten haben; denn die Situation in den Kommunen, das Wegbrechen gerade der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung in den Innenstädten und die Verlagerung in große Supermärkte, ist ja ein Problem, das wir alle haben. Meine Frage ist nur: Wer macht denn jetzt den Einzelhandelserlass? Macht ihn Frau Thoben?

(Ministerin Christa Thoben: Ja!)

– Ja gut.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Aber Wittke kündigt ihn ständig an!)

Aber Herr Wittke kündigt ihn uns dauernd an. Ehrlich gesagt: Er trompetet wie ein großer Elefant auf dem Kriegspfad – und es kommt nichts.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir würden es gerne unterstützen, wir würden es thematisieren. Sie haben eben gesagt, Frau Ministerin, Sie machen das. Nun gut, wenn Sie uns gleich sagen, Sie machen den Einzelhandelserlass, sagen Sie uns auch, dass Sie ihn gründlich und sorgfältig machen, dass wir irgendwann etwas vorgelegt bekommen, worüber wir diskutieren können. Wir werden andere Themen haben, die streitig sind. Hier gibt es sogar viele Gemeinsamkeiten.

Auch beim Landesplanungsgesetz gibt es Fragen. Minister Uhlenberg kündigt – richtigerweise – an, dass er eine Flächenschutzpolitik machen möchte. Das ist in Ordnung. Dann würden wir aber auch gerne einmal hören: Wie sieht das die gesamte Landesregierung? Wie soll das konkrete Handeln aussehen?

Wir haben Diskussionen um weitere Kiesabgrabungen am Niederrhein. Da kann man den Eindruck gewinnen, dass unsere Rohstoffressourcen und Flächen ohne Rücksicht auf die Landschaft ausgebeutet werden, um die Holländer mit Kies zu versorgen, die mit ihren Flächen sehr viel vorsichtiger und restriktiver umgehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Niederländer sagen: Wenn die Deutschen zulassen, dass innerhalb einer Generation eine Landschaft in einer Art umgekrempelt wird, dass sie nicht wiederherzustellen ist, dann ist das deren eigene Schuld. Wir parken den Kies, den die Deutschen so bereitwillig in der Landschaft ausräumen lassen, sogar bei uns. – Auch da mal eine klare Ansage!

Bei allem Verständnis dafür, dass Betriebe, die investieren, Absicherungen über größere Zeiträume brauchen: Das ist genau das Gegenteil. Sichere ich das auf 20 oder 30 Jahre, gucke ich mir die Abschreibungszeiträume an oder mache ich das mit einer Perspektive von 50 Jahren, die in Teilen völlig überzogen ist?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir können über die Investzeiträume der Firmen reden; das ist eine faire Umgangsweise. Dann können wir aber keine Zeiträume nehmen, die das um das Zwei- bis Dreifache übersteigen.

Zusammengefasst heißt das: Es müsste ein Vorschlag von der Regierung kommen. Vielleicht hören wir es gleich beim Einzelhandelserlass. Dann lassen wir uns auf einen konstruktiven Prozess ein. Da mögen wir in manchen Punkten noch unterschiedliche Meinungen haben – das macht nichts –, aber es würden den Ankündigungen tatsächlich einmal Arbeitsprozesse folgen. Das hat nichts mit dem Haushalt und nichts mit einer verfahrenen Situation zu tun, für die wir abgewählt worden sind, sondern das ist jetzt Ihr Job. Da warten wir, dass da tatsächlich einmal etwas passiert. Ich bin gespannt auf die weiteren Beiträge. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön. – Für die FDP hat nun Herr Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Bollermann, Vorwürfe lassen sich leicht erheben. Sie mahnen an: Tut endlich was! Ich glaube, wir in diesem Haus müssten vorsichtig sein mit der Landesplanung. Nachdem wir das letzte Landesplanungsge-

setz verabschiedet hatten, sind in der letzten Ausschusssitzung unter Ihrer Ägide 50 redaktionelle Änderungen vorgeschlagen worden, weil Sie das Verfahren überhaupt nicht auf die Reihe bekommen haben. Das war eine Zumutung für alle Beteiligten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ich würde im Haushaltsverfahren vorsichtig sein mit solchen Ankündigungen!)

Ich kann es nur richtig finden, dass hier konzeptuell sauber gearbeitet wird und man Schritt für Schritt vorgeht. Denn das, was die damalige Landesplanungsbehörde mit dem unzureichenden Gesetzentwurf zur Änderung des Landesplanungsgesetzes geleistet hat, wollen wir hier nicht mehr erleben.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben natürlich gesagt – das steht auch in der Koalitionsvereinbarung –, Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogrammgesetz sollen zusammengeführt werden. Das hat inhaltliche Gründe. Überlegen wir einmal: Der letzte Landesentwicklungsplan ist von 1995, also mehr als zehn Jahre alt. Er ist zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern. Völlig klar!

Weil Sie anmahnen: Wie sieht das denn konzeptuell aus? – Kollege Schulte hat es angesprochen: Mit dem ersten Rohstoffbericht haben wir für einen bestimmten Bereich Grundlagen erarbeitet – von Ihnen mit eingeleitet; das muss man der Fairness halber sagen –, aber diese Koalition hat ihn herausgegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte es durchaus für sinnvoll, endlich einmal auch in diesem Bereich mit langfristigen Konzeptionen weit über das tägliche Klein-Klein hinaus zu arbeiten. Es ist doch eine Chance, eine langfristig orientierte Konzeption auszubauen, eine Wertschöpfungskette auszubauen, wenn es unter anderem darum geht, statt Wertschöpfung in den Niederlanden mit den dortigen Tourismusgebieten an Maas und am IJsselmeer bei uns großflächige Abgrabungen zu gestalten, dass man nicht an einem Tag auf dem Baggersee links herum schwimmt oder links herum mit dem Boot fährt und am nächsten Tag rechts herum.

Ziel muss es sein, entsprechend großflächig zu arbeiten, damit in Kombination von Kommunen, Landschafts- und Naturschutz, Kiesindustrie und Hochwasserschutz vielleicht Arbeiten, Wohnen und Erholen am Wasser langfristig geplant werden können, damit die Erholung in konzeptioneller

Verknüpfung mit dem westdeutschen Kanalnetz erfolgen kann. All das sind Möglichkeiten, die wir aber nur dann verwirklichen können, wenn wir den Mut haben, über den Tellerrand hinauszugucken, und langfristige Zeiträume vor Augen haben.

Meine Damen und Herren, über die großflächigen Reservegebiete für industrielle Ansiedlungen, LEP VI, hat der Kollege Schulte schon einige Worte verloren. Ich glaube, Frau Ministerin, wir wären gut beraten, die Gebiete zu überprüfen. Allerdings sollten wir in regionaler Verteilung einige Gebiete immer noch in der Hinterhand behalten.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Resolution des Braunkohlenausschusses, die dafür votiert, die Unterausschüsse wieder einzuführen. Der Vorsitzende des Braunkohlenausschusses hat am 31. März 2006 die Fraktionsvorsitzenden – Frau Ministerin, ich vermute, sicherlich auch Ihr Haus – eingeführt.

Meine Damen und Herren, wer Verwaltungsvereinfachung will, soll sicherlich nicht Institutionen neu einführen, die gerade abgeschafft worden sind. Man sollte allerdings auch dem Braunkohlenausschuss die Freiheit geben, in einzelnen Kommissionen sachbezogen, vielleicht konzentrierter arbeiten zu können. Deswegen das Landesplanungsgesetz zu ändern, halte ich für ausgesprochen überzogen.

Frau Ministerin, ich erwarte auch mit Spannung die Konzeption, wie die Umgestaltung der Regionalräte unter Berücksichtigung der Planungskompetenz des KVR erfolgt. Eine schwierige Kiste! Ich finde es gut, wenn Sie sagen: Lasst uns darüber vielleicht auch im Vorfeld von offiziellen Verlautbarungen auf breiter Basis diskutieren. – Das ist alles nicht so einfach. Wie gesagt: Lieber am Anfang vernünftig diskutieren, statt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der in der letzten Phase mehr als 50 Änderungen hat. Das hielte ich nicht für gut.

Meine Damen und Herren, eines sollten wir im Zusammenhang mit der Landesplanung auch noch einmal kritisch überlegen: Genehmigung oder Anzeigeverfahren. Man sagt leicht: Jawohl, wir wollen statt der Genehmigung eines Regionalplans lieber ein Anzeigeverfahren. – Die rechtliche Verbindlichkeit und Kalkulationssicherheit ist mit einer Genehmigung sicherlich größer.

Meine Damen und Herren, wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass der zuletzt unselige Landesentwicklungsbericht nicht wieder fröhliche Urständ feiert. Die „Welt am Sonntag“ hat am 24. April 2005 eine böse, allerdings absolut zutreffende Darstellung des letzten Landesentwicklungsbe-

richtes gegeben: ein neues Lexikon der politischen Nullsätze. Verschonen Sie uns damit bitte, Frau Ministerin!

(Beifall von der FDP)

Aber wie ich Sie kenne, haben Sie auch nicht vor, wieder einen Landesentwicklungsbericht einzuführen.

(Beifall von der FDP)

Denn das, was da drinsteht, ist einfach ein Nullsatz gewesen. Als umweltpolitischer Sprecher habe ich den Bericht allerdings begrüßt. Sie sehen, ich habe ihn noch hier. Der wichtigste Beitrag dieses Landesentwicklungsberichtes bei diesen Nullsätzen, die von der Landesplanungsbehörde damals leider mit formuliert wurden, war: Hier ist Schwachholz für Kopierpapier benutzt worden. – Somit hat dieser Bericht durchaus einen Sinn gehabt. Das hat die Landesplanung nicht verdient. Landesplanung kann mehr. Landesplanung ist mehr als ein Einzelhandelserlass.

Haben Sie Mut zu langfristigen Konzeptionen! Planen Sie auf längere Zeiträume! Dann haben wir wieder eine Chance, Nordrhein-Westfalen mit konzeptionellen Ideen nach vorne zu bringen. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht jetzt noch einmal Frau Ministerin.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich war früher schon einmal Mitglied dieses Hohen Hauses und habe damals unter den Landesentwicklungsberichten genauso gelitten, wie Sie es jetzt hier vorgetragen haben.

Die Koalitionsvereinbarung hat zwar nicht direkt die Abschaffung zum Ziel, aber in der Koalitionsvereinbarung sind ein paar Festlegungen getroffen, zum Beispiel die, dass wir die Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband übertragen und durch Novellierung des Gesetzes über den Regionalverband sicherstellen, dass die Willensbildung in den Organen des Verbandes die tatsächlich vorhandenen Mehrheitsverhältnisse der Verbandsversammlung abbildet.

Wir haben zusammen mit dem Innenminister

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

– keine Sorge, das kommt – die Eckpunkte vorgelegt. Sie sind Grundlage der entsprechenden Gesetzentwürfe. Sie werden Sie sehr zeitnah hier im Plenum finden. Die Übertragung der Regionalplanung wird danach in Stufen erfolgen, die aber in Gänze bereits jetzt gesetzlich verankert werden – damit Sie nicht so schnell wieder davon runter können, um das deutlich zu sagen.

Der Weg, dem Ruhrgebiet eine eigene Planungskompetenz zu übertragen, wird also frei. Im ersten Schritt ist vorgesehen, die bestehenden kommunalen Aktivitäten zur Regionalplanung in der Städteregion Ruhr systematisch aufzugreifen und aufzubauen. Dadurch müssen wir die Möglichkeit regionaler Flächennutzungspläne, die im RVR-Gesetz nur befristet vorgesehen sind, von der Befristung befreien und den Regionalverband zusätzlich auffordern und drängen, weitere Initiativen auch in den anderen verbliebenen Teilräumen des Verbandsgebietes zu ergreifen.

Die vollständige Übertragung der Regionalplanung auf den Regionalverband wird mit der nächsten Kommunalwahl im Jahre 2009 erfolgen. Dies aber, meine Damen und Herren, werden wir bereits im Zuge des jetzigen Gesetzgebungsverfahrens festschreiben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Damen und Herren, im Rahmen der dafür notwendigen Novellierung des Landesplanungsgesetzes wollen wir auch die Genehmigungspflicht für Regionalpläne, Masterpläne abschaffen und das Landesplanungsgesetz auf weitere Deregulierungs- und Entbürokratisierungsmöglichkeiten überprüfen.

Ein Vorredner hat bereits den Arbeitsbericht zum Rohstoffbericht erwähnt. Wir haben das nicht aufgegriffen, um ein Thema unter ganz vielen aufzugreifen, sondern wir sind sicher, dass wir mit der ausgelösten Diskussion erreichen, dass das Abwägen der unterschiedlichen Belange – so sehen wir das – in ein neues Gleichgewicht gebracht wird. Uns war die bisherige Abwägung – so haben wir sie erlebt – zu weit von wirtschaftlichen Bedürfnissen entfernt.

Nach meiner Überzeugung brauchen wir dazu aber einen ausführlichen Diskussionsprozess. Deshalb haben wir die Verabschiedung der Einzelheiten für die Rohstoffsicherung auch nicht auf einen festen Termin gelegt.

(Beifall von der FDP)

Wir lassen die Debatte übers Internet laufen – viele beteiligen sich – und sind zuversichtlich, dass wir am Ende eine langfristige Verabredung hinbe-

kommen, die uns allen, vor allen Dingen aber den Menschen draußen im Land gut tut.

Ich nehme gerne den Hinweis auf, dass sich die Niederländer im Moment ein Stück weit so verhalten, dass wir viel von dem tun, was man auch in den Niederlanden tun könnte. Wir werden mit der zuständigen Ministerin darüber reden und die problematische Belastung auf deutscher Seite erörtern. Völlig unstrittig!

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Ministerin, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Remmel?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Bitte.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Schönen Dank, Frau Ministerin. – Sie haben im Zusammenhang mit dem Rohstoffbericht von einem neuen Gleichgewicht gesprochen. Ich interpretiere das so, dass es in Richtung stärkerer wirtschaftlicher Ausbeutung geht. Gleichzeitig sagen Sie aber, dass Sie am Niederrhein offensichtlich jetzt schon ein Problem haben, dass zu viel abgebagert wird. Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Wir müssen deshalb – die Fragen hat auch Herr Ellerbrock eben aufgeworfen – noch einmal abwägen: Wie lange im Vorlauf muss die Planungssicherheit hergestellt werden? An welchen Stellen im Land wollen wir wie viel haben?

Ich muss Ihnen nicht erklären, dass es da, wo besonders viele Vorkommen sind, wo eine Region mit sehr viel Belastung zu kämpfen hat, mehr Konflikte gibt und die Abwägung komplizierter ist. Deshalb haben wir den Rohstoffbericht in die Debatte eingebracht. Wenn ich fertige Antworten hätte, würde ich hier bereits mit einem Gesetzentwurf stehen. Ich sagen Ihnen nur: Die Belange der abbauenden Betriebe sind uns auch wichtig.

Es ist ja nicht so, dass die Natur am Ende des Abbaus so aussieht, als hätte man ihr etwas ganz Schlimmes angetan. Ich kenne die Grünzüge beim RVR gut: Da gibt es inzwischen teilweise einen Wettlauf darum, ab wann man einen ausgekieseten Teil zu einem Freizeitgebiet machen kann, in dem die Menschen baden gehen oder Bötchen fahren. Man darf also nicht den Eindruck erwe-

cken, dass das Abwägen in jedem Fall misslingen muss.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: So viele Freizeitparks können Sie gar nicht mehr bauen!)

– Ich muss keine Freizeitparks bauen. Ich muss den Menschen gestatten, da zu wohnen und zu leben, wo sie mögen. Dieses Anliegen wägen wir mit den Bedürfnissen der Menschen ab, die Arbeit suchen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zukunftsfähige Gewerbeflächenpolitik zählt zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes. Das Flächenangebot muss ausreichend sein. Wir haben im Moment noch elf Standorte für die Ansiedlung von international operierenden Großkonzernen mit einem hohen Flächenbedarf, derzeit bei mindestens 80 ha, in der Planung.

Unser Eindruck ist, dass wir in Zukunft nicht mehr alle Flächen brauchen. Bei der Überarbeitung müssen wir also noch einmal abwägen, was ökologisch erträglich ist und was wir bezogen auf die Perspektiven der Wirtschaft wirklich brauchen. Wir setzen auf interkommunale Zusammenarbeit.

Am Beispiel des Airportgebietes in Münster sehen Sie doch, dass Umweltministerium und Wirtschaftsministerium imstande sind, eine Abwägung vorzunehmen, die den wirtschaftlichen Belangen Rechnung trägt und gleichzeitig die Vereinbarung enthält, dass, wenn man ein solch großes Gebiet zusätzlich in Anspruch nimmt, weil es so verkehrsgünstig liegt, im Regionalplan andere ausgewiesene Gebiete zurückgeführt werden müssen. Gehen Sie davon aus: Wir werden darauf drängen. Uns sind ökologische Belange nicht gleichgültig.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Zum großflächigen Einzelhandel! Wir haben das Centro-Urteil. Das heißt, uns ist aufgegeben, etwas zu verändern. Wir haben Eckpunkte formuliert. Wir sind im Moment dabei, mit kommunalen Spitzenverbänden, der Wirtschaft und anderen Akteuren das, was wir in Eckpunkten formuliert haben, weiter zu konkretisieren. In den nächsten Monaten wird zu klären sein, wie wir mehr eigenverantwortliches Handeln – übrigens der einzelnen Kommunen, auch was Stadtteilentwicklung angeht; das haben Sie an unseren Eckpunkten gesehen – hinbekommen.

Ich bin sicher, diesen Anforderungen und vielen weiteren, die wir uns noch vorgenommen haben,

wird die Novelle genügen, die in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden wird. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Ministerin, erlauben Sie noch eine Zwischenfrage?

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Nein.

Präsidentin Regina van Dinther: Nein, tut mir Leid. – Meine Damen und Herren, ich schließe die Beratung zu Einzelplan 08.

Wir kommen zur **Abstimmung** zu **Einzelplan 8**. Sie haben die Vorlage von gestern auf dem Tisch, der Sie entnehmen können, dass wir jetzt zunächst über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nr. 106 abstimmen müssen. Die liegt Ihnen in **Drucksache 14/1792** vor. Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Endabstimmung über den Einzelplan 08. Wer diesem Einzelplan die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist der **Einzelplan 08** mit großer Mehrheit **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich rufe dann den **Einzelplan 02** auf:

Ministerpräsident

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Kuschke von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Wolfram Kuschke (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Interesse ist doch etwas größer geworden. Sie scheinen doch noch eine Mehrheit zu haben. Das hatten wir gar nicht erwartet.

(Heiterkeit von der SPD)

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit lassen Sie mich nur zu wenigen Punkten des Einzelplans etwas sagen.

Punkt 1: Nachdem es großmündig angekündigt worden ist, war unsere Erwartung, dass die Landesregierung die Chance genutzt hätte – Herr Minister Breuer, Sie sind bereits da; diejenigen, die das operativ verantworten, kommen allmählich auch –, in diesem Bereich ein Profil darzustellen,